

Ergebnisse und Materialien

Ausgabe Nr. 16, erscheint online am 8.3.2022 sowie als Beilage zu den Politischen Berichten Nr. 2/2022

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln, (E.i.S.). Redaktion Christoph Cornides (V.i.S.d.P.), Eva Detscher

Der Vorstand des Vereins für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation befasste sich am Samstag, den 5. März, mit der Aggression gegen die Ukraine und beschloss, eine deutschsprachige Fassung folgender umfangreicher UN-Dokumente in einer Sonderausgabe der „Ergebnisse und Materialien“ zu verbreiten. Das Sonderheft wird den Politischen Berichten 2/22 (erscheinen am 14. April 2022) beigelegt, angesichts der Aktualität aber auch am 8. März 2022 in den Mail-Verteiler der Politischen Berichte sowie des Vereins gegeben.

DOK 1 (S. 3–6) Beschluss der Generalversammlung der UNO, 11. Notstandssondertagung

Aggression gegen die Ukraine

(Deutscher Übersetzungsdienst der Vereinten Nationen)

Dok 2 (S. 7–24) 11. Notstandssondertagung – Pressedienst der UNO

Darstellung der Debattenbeiträge

(Auf das automatische Übersetzungsprogramm DEEPL gestützte eigene Übersetzung aus dem Englischen)

Zu den Dokumenten

Mit beeindruckender Mehrheit von 141 Stimmen der 193 UN-Mitgliedsstaaten hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen auf einer Dringlichkeitssitzung am 2. März 2022 die Resolution „Aggression gegen die Ukraine“ verabschiedet. Darin verurteilt die UNO-Generalversammlung den Einmarsch der Russischen Föderation in die Ukraine und fordert die sofortige Beendigung des Angriffs und den Rückzug Russlands aus der Ukraine. Fünf Länder, darunter Russland, Belarus und Syrien stimmten gegen die Resolution, 34 Länder, darunter China und Indien, enthielten sich (siehe Abbildung, S. 2). 13 Länder nahmen nicht an der Abstimmung teil.

Die Dringlichkeitssitzung („Notstandssondertagung“, entsprechend der deutschen Fassung des Übersetzungsdienstes der UNO) war einberufen worden, nachdem Russland durch sein Veto auf der Sitzung des UN-Sicherheitsrates am 25.2.2022 seine Verurteilung, wie zu erwarten, verhindert hatte. Die Einberufung einer Dringlichkeitssitzung ist möglich, wenn eine Entscheidung des Sicherheitsrates z.B. wegen Veto eines Mitglieds nicht zustande kommt. Sie kann entweder durch mindestens sieben Mitglieder des Sicherheitsrates oder durch die Mehrheit der UN-Mitgliedsstaaten erfolgen. Es war in diesem Fall erst die elfte Notstandssondertagung dieser Art bei den Vereinten Nationen in mehr als 70 Jahren.

Im Unterschied zum Sicherheitsrat können dessen ständige Mitglieder in der Generalversammlung kein Veto einlegen. Auch wenn Beschlüsse der UN-Generalversammlung keine direkte völkerrechtliche Bindung haben, entwickeln sie internationale politische Bedeutung und Wirkung und signalisieren die Veränderungen internationaler Verbindungen von Staaten zu politischen und kriegerischen aktuellen Konflikten wie auch darüber hinaus. Auch dass Länder wie China und Indien oder Kuba oder auch Kasachstan Russland nicht unterstützen, sondern sich zumindest enthalten, verstärkt in der Folge die Isolierung Russlands in der internationalen Staatengemeinschaft. Die russische Föderation hat sich durch die Aggression gegen die Ukraine und die Okkupationsabsichten international isoliert.

Dem wird entgegeng gehalten, dass die 34 Staaten, die sich enthalten haben, die Mehrheit der Weltbevölkerung repräsentieren. Völkerrechtssubjekte sind zu Recht aber Staaten. Gerade die

kleinen Staaten – und einige von ihnen betonen das in der Debatte – sind auf die Einhaltung des Völkerrechts angewiesen, weil sie sonst den großen schutzlos ausgeliefert sind. Manche haben, wie in der Zusammenfassung der Reden zu lesen ist, nicht mal Militär, um sich zu verteidigen. Deshalb wird in ihren Reden die Forderung nach Stärkung und Demokratisierung der UNO erhoben, insbesondere die Abschaffung des Vetorechts.

Die Generalversammlung bezieht sich in ihrer Verurteilung Russlands ausdrücklich auf die „Charta der Vereinten Nationen für die Förderung der Herrschaft des Rechts in den Beziehungen zwischen den Nationen“ sowie darauf, dass die Charta alle Staaten verpflichtet, jede Androhung von Gewalt gegen andere Staaten zu unterlassen und ihre „internationalen Streitigkeiten durch friedliche Mittel beizulegen“. Sie verlangt, dass die Russische Föderation alle ihre Streitkräfte „unverzüglich, vollständig und bedingungslos aus dem Hoheitsgebiet der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen abzieht“. Sie fordert international zu humanitärer Hilfe auf und verlangt den sicheren und ungehinderten „Durchlass zu Zielen außerhalb der Ukraine“ sowie den „raschen, sicheren und ungehinderten Zugang zu humanitärer Hilfe für die Hilfebedürftigen in der Ukraine“. Sie verurteilt die Verletzungen des humanitären Völkerrechts und die Menschenrechtsverletzungen durch Russland.

Die Generalversammlung verlangt nicht nur, dass die Russische Föderation ihre „Gewaltanwendung gegen die Ukraine“ sofort einstellt, sondern fordert auch, dass Russland „jede weitere rechtswidrige Androhung oder Anwendung von Gewalt gegen jedweden Mitgliedstaat unterlässt“. Sie verurteilt ausdrücklich die „Entscheidung der Russischen Föderation, den Bereitschaftsgrad ihrer Nuklearstreitkräfte zu erhöhen“.

Unter Verweis auf die „Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ vom 1. August 1975 in Helsinki fordert sie Russland auf, die „Vereinbarung über Sicherheitsgarantien im Zusammenhang mit dem Beitritt der Ukraine zu dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (Budapester Memorandum) vom 5. Dezember“ einzuhalten. (Damals übergab die Ukraine ihre Atomwaffen an Russland als den Rechtsnachfolger der UdSSR und erhielt dafür Garantien für ihre Sicherheit.)

Mit der großen Mehrheit der Staaten der Welt verteidigt die Generalversammlung gegenüber Russland die „Souveränität der Ukraine“, ihren Rechtsstatus in der Beziehung zwischen den

Staaten, ihre territoriale Integrität in ihren international anerkannten Grenzen und somit auch das Recht der Ukraine auf Selbstverteidigung. Demgegenüber sind alle Rechtfertigungsgründe und reklamierten „nationalen Interessen“ für Russlands Okkupationspolitik hinfällig und ohne Belang. Deutlich wird dazu der Vertreter Spaniens in der offiziellen Berichterstattung der UNO über die Dringlichkeitstagung zitiert: „Ganz im Sinne der breiten Verurteilung der Invasion in der Ukraine sagte er: „Die Selbstrechtfertigung der Angreifer löst sich mit jeder Minute des Widerstands in Luft auf“.

Auf der Basis der Umsetzung der „Minsker Vereinbarungen“ fordert die Generalversammlung die „sofortige friedliche Beilegung des Konflikts zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine durch politischen Dialog, Verhandlungen, Vermittlung und andere friedliche Mittel“. Dazu muss sich Russland sofort

vom Staatsgebiet der Ukraine zurückziehen und darüber hinaus alle Entscheidungen „im Zusammenhang mit dem Status bestimmter Gebiete der Regionen Donezk und Luhansk in der Ukraine unverzüglich und bedingungslos“ rückgängig machen. Der Okkupationskrieg Russlands gegen die Ukraine hat bei allen Parteien, politischen Strömungen und Richtungen und bei denjenigen, die sich der Friedensbewegung zurechnen, Grundsatzdiskussionen um die Beurteilung dieses militärischen Konflikts und um internationale Konflikte mitsamt kursierenden politischen Begründungszusammenhängen generell ausgelöst. Die Entscheidung „Aggression gegen die Ukraine“ der UN-Generalversammlung gibt dazu einen soliden Bezugs- und Orientierungspunkt der Meinung der Weltöffentlichkeit.

Christoph Cornides, Mannheim

<https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/un-vollversammlung-ukraine-105.html>

Voting Started		02-Mar-22		11:55:04	
Item 5 - Draft resolution A/ES-11/L.1					
Aggression against Ukraine					
+ AFGHANISTAN + ALBANIA + ALGERIA + ANDORRA + ANGOLA + ANTIGUA-BARBUDA + ARGENTINA + ARMENIA + AUSTRALIA + AUSTRIA + AZERBAIJAN + BAHAMAS + BAHRAIN + BANGLADESH + BARBADOS + BELARUS + BELGIUM + BELIZE + BENIN + BHUTAN + BOLIVIA + BOSNIA-HERZEGOVINA + BOTSWANA + BRAZIL + BRUNEI DARUSSALAM + BULGARIA + BURKINA FASO + BURUNDI + CAMBODIA + CAMBODIA LIVE	+ CAMEROON + CANADA + CENTRAL AFR REP... + CHAD + CHILE + CHINA + COLOMBIA + COMOROS + CONGO + COSTA RICA + COTE D'IVOIRE + CROATIA + CUBA + CYPRUS + CZECH REPUBLIC + DEM PR OF KOREA + DEM REP OF THE C... + DENMARK + DJIBOUTI + DOMINICA + DOMINICAN REP... + ECUADOR + EGYPT + EL SALVADOR + EQUATORIAL GUINEA + ERITREA + ESTONIA + ESWATINI + ETHIOPIA + FIJI	+ FINLAND + FRANCE + GABON + GAMBIA + GEORGIA + GERMANY + GHANA + GREECE + GRENADA + GUATEMALA + GUINEA + GUINEA-BISSAU + GUYANA + HAITI + HONDURAS + HUNGARY + ICELAND + INDIA + INDONESIA + IRAN (ISLAMIC REP... + IRAQ + IRELAND + ISRAEL + ITALY + JAMAICA + JAPAN + JORDAN + KAZAKHSTAN + KENYA + KIRIBATI	+ KUWAIT + KYRGYZSTAN + LAO PDR + LATVIA + LEBANON + LESOTHO + LIBERIA + LIBYA + LIECHTENSTEIN + LITHUANIA + LUXEMBOURG + MADAGASCAR + MALAWI + MALAYSIA + MALDIVES + MALI + MALTA + MARSHALL ISLANDS + MAURITANIA + MAURITIUS + MEXICO + MICRONESIA (FS) + MONACO + MONGOLIA + MONTENEGRO + MOROCCO + MOZAMBIQUE + MYANMAR + NAMIBIA + NAURU	+ NEPAL + NETHERLANDS + NEW ZEALAND + NICARAGUA + NIGER + NIGERIA + NORTH MACEDONIA + NORWAY + OMAN + PAKISTAN + PALAU + PANAMA + PAPUA NEW GUINEA + PARAGUAY + PERU + PHILIPPINES + POLAND + PORTUGAL + QATAR + REP OF KOREA + REP OF MOLDOVA + ROMANIA + RUSSIAN FED... + RWANDA + SAINT KITTS-NEVIS + SAINT LUCIA + SAINT VINCENT-GR... + SAMOA + SAN MARINO + SAO TOME-PRINCIPE	+ SAUDI ARABIA + SENEGAL + SERBIA + SEYCHELLES + SIERRA LEONE + SINGAPORE + SLOVAKIA + SLOVENIA + SOLOMON ISLANDS + SOMALIA + SOUTH AFRICA + SOUTH SUDAN + SPAIN + SRI LANKA + SUDAN + SURINAME + SWEDEN + SWITZERLAND + SYRIAN ARAB REP... + TAJIKISTAN + THAILAND + TIMOR-LESTE + TOGO + TONGA + TRINIDAD-TOBAGO + TUNISIA + TURKEY + TURKMENISTAN + TUVALU + UGANDA + UKRAINE + UNITED ARAB EMIR... + UNITED KINGDOM + UNITED REP TANZA... + UNITED STATES + URUGUAY + UZBEKISTAN + VANUATU + VENEZUELA + VIET NAM + YEMEN + ZAMBIA + ZIMBABWE
+ IN FAVOUR:141		- AGAINST:5		X ABSTENTION:34	

Abbildung:

Anzeigetafel bei der Abstimmung, tagesschau.de

Dafür 141 (siehe Abbildung).

Namensliste

(nach focus.de)

Dagegen 5:

Russland,
Belarus,
Eritrea,
Nordkorea,
Syrien.

Enthaltungen 34:

Algerien
Angola
Armenien
Bangladesch
Bolivien

Burundi
China
El Salvador
Indien
Irak
Iran
Kasachstan
Kirgisien
Kongo
Kuba
Laos
Madagaskar
Mali
Mongolei
Mosambik
Namibia
Nicaragua
Pakistan
Senegal
Sri Lanka
Südafrika
Sudan

Südsudan
Tadschikistan
Tansania
Uganda
Vietnam
Zentralafrikanische Republik
Zimbabwe

Länder, die nicht abstimmten:13

Äquatorialguinea
Äthiopien
Azerbaidschan
Burkina Faso
Eswatini
Guinea
Guinea-Bissau
Kamerun
Marokko
Togo
Turkmenistan
Usbekistan
Venezuela



Vereinte Nationen

A/ES-11/L.1



Generalversammlung

Verteilung: Begrenzt
1. März 2022

Deutsch
Original: Englisch

Elfte Notstandssondertagung

Tagesordnungspunkt 5

**Schreiben des Ständigen Vertreters der Ukraine bei
den Vereinten Nationen vom 28. Februar 2014 an
die Präsidentschaft des Sicherheitsrats (S/2014/136)**

Afghanistan, Albanien, Andorra, Antigua und Barbuda, Argentinien, Australien, Bahamas, Belgien, Belize, Bosnien und Herzegowina, Botsuana, Bulgarien, Chile, Costa Rica, Dänemark, Demokratische Republik Kongo, Deutschland, Dominikanische Republik, Ecuador, Estland, Fidschi, Finnland, Frankreich, Gambia, Georgien, Ghana, Grenada, Griechenland, Guatemala, Guyana, Haiti, Indonesien, Irland, Island, Israel, Italien, Jamaika, Japan, Kanada, Katar, Kiribati, Kolumbien, Kroatien, Kuwait, Lettland, Liberia, Liechtenstein, Litauen, Luxemburg, Malawi, Malta, Marshallinseln, Mikronesien (Föderierte Staaten von), Monaco, Montenegro, Myanmar, Neuseeland, Niederlande, Niger, Nordmazedonien, Norwegen, Österreich, Palau, Panama, Papua-Neuguinea, Paraguay, Peru, Polen, Portugal, Republik Korea, Republik Moldau, Rumänien, Samoa, San Marino, Schweden, Schweiz, Singapur, Slowakei, Slowenien, Spanien, St. Kitts und Nevis, Suriname, Timor-Leste, Tonga, Trinidad und Tobago, Tschechien, Türkei, Tuvalu, Ukraine, Ungarn, Uruguay, Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland, Vereinigte Staaten von Amerika und Zypern: Resolutionsentwurf

Aggression gegen die Ukraine

Die Generalversammlung,

in Bekräftigung der überragenden Bedeutung der Charta der Vereinten Nationen für die Förderung der Herrschaft des Rechts in den Beziehungen zwischen den Nationen,

unter Hinweis darauf, dass alle Staaten nach Artikel 2 der Charta verpflichtet sind, in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder anderweitig mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt zu unterlassen und ihre internationalen Streitigkeiten durch friedliche Mittel beizulegen,

sowie unter Hinweis auf die nach Artikel 2 Absatz 2 der Charta bestehende Verpflichtung, dass alle Mitglieder, um ihnen allen die aus der Mitgliedschaft erwachsenden Rechte und Vorteile zu sichern, nach Treu und Glauben die Verpflichtungen, die sie mit der Charta übernehmen, erfüllen,

22-02912 (G)





A/ES-11/L.1

Kenntnis nehmend von der Resolution 2623 (2022) des Sicherheitsrats vom 27. Februar 2022, in der der Rat eine Notstandssondertagung der Generalversammlung einberief, um die in Dokument [S/Agenda/8979](#) enthaltene Frage zu prüfen,

unter Hinweis auf die Resolution 377 A (V) der Generalversammlung vom 3. November 1950 mit dem Titel „Vereint für den Frieden“ und in Anbetracht dessen, dass die fehlende Einstimmigkeit der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats auf seiner 8979. Sitzung den Rat daran gehindert hat, seine Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit wahrzunehmen,

sowie unter Hinweis auf ihre Resolution 2625 (XXV) vom 24. Oktober 1970, in der sie die Erklärung über Grundsätze des Völkerrechts betreffend freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen den Staaten im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen billigte, und in Bekräftigung der darin enthaltenen Grundsätze, dass das Hoheitsgebiet eines Staates nicht zum Gegenstand der Aneignung durch einen anderen Staat als Ergebnis der Androhung oder Anwendung von Gewalt gemacht werden darf und dass jeder Versuch, die nationale Einheit und territoriale Unversehrtheit eines Staates oder Landes teilweise oder gänzlich zu zerstören oder seine politische Unabhängigkeit zu beeinträchtigen, mit den Zielen und Grundsätzen der Charta unvereinbar ist,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolution 3314 (XXIX) vom 14. Dezember 1974, nach der „Aggression“ die gegen die Souveränität, die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit der Charta unvereinbare Anwendung von Waffengewalt durch einen anderen Staat ist,

eingedenk der Bedeutung der Wahrung und Festigung des Weltfriedens auf der Grundlage der Freiheit, der Gleichheit, der Gerechtigkeit und der Achtung der Menschenrechte sowie der Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Nationen unabhängig von ihrem politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen System oder von ihrem Entwicklungsstand,

unter Hinweis auf die Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die am 1. August 1975 in Helsinki unterzeichnet wurde, und auf die Vereinbarung über Sicherheitsgarantien im Zusammenhang mit dem Beitritt der Ukraine zu dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (Budapester Memorandum) vom 5. Dezember 1994,

verurteilend, dass die Russische Föderation am 24. Februar 2022 eine „militärische Sonderoperation“ in der Ukraine angekündigt hat,

erneut erklärend, dass ein sich aus der Androhung oder Anwendung von Gewalt ergebender Gebietserwerb nicht als rechtmäßig anerkannt werden darf,

mit dem Ausdruck ihrer ersten Besorgnis angesichts von Berichten über Angriffe auf zivile Einrichtungen wie Wohnhäuser, Schulen und Krankenhäuser und über Opfer unter der Zivilbevölkerung, darunter Frauen, ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen und Kinder,

feststellend, dass die militärischen Operationen der Russischen Föderation innerhalb des Hoheitsgebiets der Ukraine ein Ausmaß haben, das die internationale Gemeinschaft in Europa seit Jahrzehnten nicht mehr gesehen hat, und dass dringend gehandelt werden muss, um diese Generation vor der Geißel des Krieges zu bewahren,

der Erklärung des Generalsekretärs vom 24. Februar 2022 *beipflichtend*, in der er daran erinnerte, dass die Anwendung von Gewalt durch ein Land gegen ein anderes Land eine Zurückweisung der Grundsätze darstellt, zu deren Einhaltung sich jedes Land verpflichtet



hat, und dass die aktuelle Militäroffensive der Russischen Föderation gegen die Charta verstößt,

unter Verurteilung der Entscheidung der Russischen Föderation, den Bereitschaftsgrad ihrer Nuklearstreitkräfte zu erhöhen,

mit dem Ausdruck ihrer ernsten Besorgnis über die Verschlechterung der humanitären Lage in der und um die Ukraine, wo ständig mehr Binnenvertriebene und Flüchtlinge humanitäre Hilfe benötigen,

sowie mit dem Ausdruck ihrer Besorgnis darüber, dass der Konflikt angesichts dessen, dass die Ukraine und die Region zu den weltweit wichtigsten Getreide- und Agrarexportgebieten gehören, und zu einem Zeitpunkt, zu dem Millionen Menschen in mehreren Weltregionen von Hungersnot betroffen oder unmittelbar bedroht sind oder unter schwerer Ernährungsunsicherheit leiden, sich nachteilig auf die weltweite Ernährungssicherheit sowie auf die Energiesicherheit auswirken könnte,

unter Begrüßung der fortwährenden Anstrengungen des Generalsekretärs und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und anderer internationaler und regionaler Organisationen, die Deeskalation der Situation in Bezug auf die Ukraine zu unterstützen, und unter Befürwortung eines anhaltenden Dialogs,

1. *bekräftigt ihr Bekenntnis* zur Souveränität, Unabhängigkeit, Einheit und territorialen Unversehrtheit der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen, einschließlich ihrer Hoheitsgewässer;

2. *missbilligt auf das Schärfste* die Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine unter Verstoß gegen Artikel 2 Absatz 4 der Charta;

3. *verlangt*, dass die Russische Föderation ihre Gewaltanwendung gegen die Ukraine sofort einstellt und jede weitere rechtswidrige Androhung oder Anwendung von Gewalt gegen jedweden Mitgliedstaat unterlässt;

4. *verlangt außerdem*, dass die Russische Föderation alle ihre Streitkräfte unverzüglich, vollständig und bedingungslos aus dem Hoheitsgebiet der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen abzieht;

5. *missbilligt* die Entscheidung der Russischen Föderation vom 21. Februar 2022 im Zusammenhang mit dem Status bestimmter Gebiete der Regionen Donezk und Luhansk in der Ukraine als eine Verletzung der territorialen Unversehrtheit und der Souveränität der Ukraine und als mit den Grundsätzen der Charta unvereinbar;

6. *verlangt*, dass die Russische Föderation die Entscheidung im Zusammenhang mit dem Status bestimmter Gebiete der Regionen Donezk und Luhansk in der Ukraine unverzüglich und bedingungslos rückgängig macht;

7. *fordert* die Russische Föderation *auf*, sich an die in der Charta und in der Erklärung über freundschaftliche Beziehungen¹ verankerten Grundsätze zu halten;

8. *fordert* die Parteien *auf*, sich an die Minsker Vereinbarungen zu halten und in den einschlägigen internationalen Rahmen, einschließlich des Normandie-Formats und der Trilateralen Kontaktgruppe, konstruktiv auf deren vollständige Durchführung hinzuwirken;

9. *verlangt*, dass alle Parteien den sicheren und ungehinderten Durchlass zu Zielen außerhalb der Ukraine gestatten und den raschen, sicheren und ungehinderten Zugang zu

¹ Resolution 2625 (XXV), Anlage.



humanitärer Hilfe für die Hilfebedürftigen in der Ukraine erleichtern, dass sie Zivilpersonen, einschließlich des humanitären Personals, und Menschen in verletzlichen Situationen, darunter Frauen, ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen, indigene Völker, Migrantinnen und Migranten und Kinder, schützen und die Menschenrechte achten;

10. *missbilligt* die Beteiligung von Belarus an dieser rechtswidrigen Gewaltanwendung gegen die Ukraine und fordert das Land auf, seinen internationalen Verpflichtungen nachzukommen;

11. *verurteilt* alle Verletzungen des humanitären Völkerrechts sowie alle Menschenrechtsverletzungen und -übergriffe und fordert alle Parteien auf, die einschlägigen Bestimmungen des humanitären Völkerrechts, einschließlich der Genfer Abkommen von 1949² und des Zusatzprotokolls I von 1977³, soweit anwendbar, strikt einzuhalten und die internationalen Menschenrechtsnormen zu achten, und verlangt in dieser Hinsicht ferner, dass alle Parteien die Schonung und den Schutz des gesamten Sanitätspersonals und ausschließlich medizinische Aufgaben wahrnehmenden humanitären Personals, seiner Transportmittel und Ausrüstung sowie der Krankenhäuser und anderer medizinischer Einrichtungen gewährleisten;

12. *verlangt*, dass alle Parteien ihren nach dem humanitären Völkerrecht bestehenden Verpflichtungen vollständig nachkommen, die Zivilbevölkerung und zivile Objekte zu schonen, für die Zivilbevölkerung lebensnotwendige Gegenstände weder anzugreifen noch zu zerstören, zu entfernen oder unbrauchbar zu machen und humanitäres Personal und für humanitäre Hilfseinsätze verwendete Sendungen zu schonen und zu schützen;

13. *ersucht* den Nothilfekoordinator, 30 Tage nach der Verabschiedung dieser Resolution einen Bericht über die humanitäre Lage in der Ukraine und über die humanitären Maßnahmen vorzulegen;

14. *fordert nachdrücklich* die sofortige friedliche Beilegung des Konflikts zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine durch politischen Dialog, Verhandlungen, Vermittlung und andere friedliche Mittel;

15. *begrüßt und fordert nachdrücklich* die fortgesetzten Anstrengungen des Generalsekretärs, von Mitgliedstaaten, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und anderer internationaler und regionaler Organisationen zur Unterstützung der Deeskalation der aktuellen Situation sowie die Anstrengungen der Vereinten Nationen, namentlich des Krisenkoordinators der Vereinten Nationen für die Ukraine, und humanitärer Organisationen zur Bewältigung der humanitären Krise und der Flüchtlingskrise, die durch die Aggression der Russischen Föderation entstanden sind;

16. *beschließt*, die elfte Notstandssondertagung der Generalversammlung vorläufig zu vertagen und den Präsidenten der Generalversammlung zu ermächtigen, die Tagung auf Antrag von Mitgliedstaaten wiederaufzunehmen.

² United Nations, *Treaty Series*, Vol. 75, Nr. 970–973. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. 1954 II S. 781; LGBl. 1989 Nr. 18–21; öBGBI. Nr. 155/1953; AS 1951 181 207 228 300.

³ Ebd., Vol. 1125, Nr. 17512. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. 1990 II S. 1550; LGBl. 1989 Nr. 62; öBGBI. Nr. 527/1982; AS 1982 1362.

Zur Quelle der folgenden Dokumentation. <https://www.un.org/press/en/general-assembly-plenary>

Die Vereinten Nationen liefern im Rahmen ihrer Informationsarbeit neben vielen weiteren Presseerklärungen und Dokumenten auch zwei Berichte über den Gang der Diskussion, so über die 11. Dringlichkeitssondersitzung, die am 28.2. einberufen wurde und am 1. und 2. März tagte:

1. März: <https://www.un.org/press/en/2022/ga12406.doc.htm>

2. März: <https://www.un.org/press/en/2022/ga12407.doc.htm>

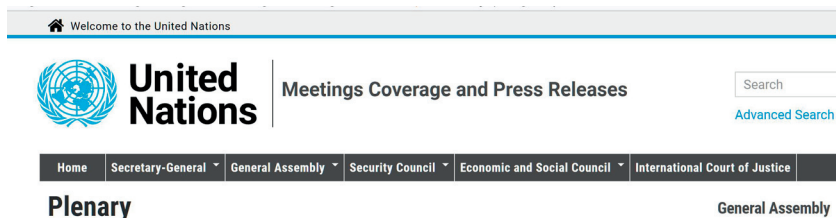
Diese Informationen wurden von der UNO mit dem Vermerk „Zur Information der Medien. Keine offizielle Aufzeichnung“ publiziert.

Diese ausdrücklich nicht autorisierte Berichterstattung wird durch Zusammenfassung der Diskussion eingeleitet und mit knapper Dar-

stellung der Beiträge von Vertretern der Mitgliedsstaaten im Einzelnen fortgesetzt. Im Folgenden legen wir gestützt auf das automatische Übersetzungsprogramm DEEPL eine eigene Übersetzung dieser Dokumente.

Die Nummerierung der Abschnitte sowie die Hervorhebung der Namen der Länder erfolgte durch die Redaktion der „Ergebnisse und Materialien“. Eine Gegenprüfung auf Richtigkeit sowohl der dargestellten Inhalte (z.B. auch die aufgeführten Namen der Redner) konnte nicht durchgeführt werden. Wir bitten die Leserinnen und Leser, bei Weiterverwendung dies zu berücksichtigen.

Eva Detscher, Karlsruhe, 7. 3. 2022



BERICHTERSTATTUNG ÜBER SITZUNGEN / GA/12406 / 1. MÄRZ 2022 / PLENARSITZUNG DER GENERALVERSAMMLUNG

ELFTE NOTSTANDSSONDERTAGUNG, 3. UND 4. SITZUNG (VORMITTAGS UND NACHMITTAGS)

(1) Die Invasion der Russischen Föderation in der Ukraine schafft eine neue globale Ära, die Mitgliedsstaaten müssen Partei ergreifen und zwischen Frieden und Aggression wählen, so die Generalversammlung

(2) Delegierte fordern alle Parteien auf, die Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen zu respektieren, Redner, die kleine Entwicklungsländer vertreten, prangern das Konzept „Might makes right“ („Macht setzt Recht“) an.

(3) Zu Beginn einer neuen Ära, die der Welt durch den Krieg der Russischen Föderation in der Ukraine aufgezwungen wurde, müssen die Mitgliedsstaaten nun Partei ergreifen und zwischen Frieden und Aggression wählen, erklärten die Delegierten heute, als die Generalversammlung in den zweiten Tag ihrer Dringlichkeitssitzung ging.

(4) [Die Sondersitzung - die elfte seit der Gründung der Vereinten Nationen - wurde am 28. Februar eröffnet und trat weniger als 24 Stunden nach einer Abstimmung im Sicherheitsrat zusammen, nachdem dieser es versäumt hatte, eine Resolution zur Verurteilung des jüngsten Vorgehens der Russischen Föderation in der Ukraine anzunehmen. Für Einzelheiten siehe die Pressemitteilungen SC/14808 und SC/14809].

(5) 115 der 193 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen werden an der Dringlichkeitssitzung vom 28. Februar bis 2. März teilnehmen. Die Delegierten riefen heute dazu auf, die anhaltenden Bombardierungen und Angriffe auf die Zivilbevölkerung in der Ukraine zu beenden und alle Parteien aufzufordern, die Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen, insbesondere die Bestimmungen über die Sicherheit und den Frieden zwischen den Ländern, zu achten. (Siehe Pressemitteilung GA/12404 für Einzelheiten zum Eröffnungstag der Tagung).

(6) „Das Schicksal der Ukraine ist unser Schicksal; heute sind wir alle Ukrainer“, sagte der Vertreter Luxemburgs und spiegelte damit den Solidaritätsgedanken wider. Dieser Gedanke zog sich durch den gesamten Sitzungstag. In dessen Verlauf ergingen

zahlreiche Aufrufe an die Mitgliedstaaten zur Unterstützung des Resolutionsentwurfes der Versammlung, der ein Ende des Konflikts fordert. Er sagte weiter: die vorgeschlagene Resolution zu unterstützen, bedeute, für die Rettung von Menschenleben zu stimmen, und er wies darauf hin, dass Luxemburg den Entwurf, der unter anderem Friedensgespräche und den vollständigen Rückzug der russischen Streitkräfte aus der Ukraine fordert, mit unterstützt.

(7) Viele andere Delegierte kündigten ebenfalls an, den Entwurf mitzutragen. Der Vertreter Spaniens erklärte, dass es in dem Entwurf um die Souveränität der Ukraine, die Verteidigung des Friedens und die diplomatische Konfliktbeilegung gehe, sowie um „den eigentlichen Grund, wofür die Vereinten Nationen da sind“. Ganz im Sinne der breiten Verurteilung der Invasion in der Ukraine sagte er: „Die Selbstrechtfertigung der Angreifer wird mit jeder Minute des Widerstands in Luft aufgelöst.“

(8) Die deutsche Delegierte sagte, der Krieg der Russischen Föderation markiere den Beginn ein neues Zeitalter. Heute gebe es eine neue Realität, die Präsident Wladimir Putin Partei zu ergreifen. Deutschland wird immer der Diplomatie verpflichtet sein, aber wenn friedliche Ordnungen angegriffen werden, „müssen wir verantwortungsvoll handeln und uns gemeinsam für den Frieden einsetzen“, sagte sie. Mit Blick auf die Abstimmung der Versammlung über den Resolutionsentwurf erklärte sie: „Jetzt müssen wir uns alle entscheiden zwischen Frieden und Aggression, zwischen Gerechtigkeit und dem Willen des Stärksten, zwischen Handeln und Wegsehen.“ Während Deutschland Flüchtlinge mit Nahrungsmitteln, Hilfsgütern und Unterkünften versorge, habe es beschlossen, die Ukraine militärisch zu unterstützen, um sich selbst zu schützen, wie es Artikel 51 der Charta vorsieht.

(9) Die Redner forderten nachdrücklich ein Ende der Gewalt und die Aufnahme konstruktiver Friedensgespräche. Einige wiesen auf den Ursprung des Konflikts hin. Der Vertreter der Demokratischen Volksrepublik Korea erklärte, die Ursache für die derzeitige Situation liege bei den Vereinigten Staaten und anderen westlichen Ländern. Diese Staaten haben das europä-

sche Sicherheitsumfeld systematisch untergraben, indem sie sich der berechtigten Forderung der Russischen Föderation nach rechtlichen Sicherheitsgarantien widersetzen und die Osterweiterung der Nordatlantikpakt-Organisation (NATO) vorantreiben. Er erinnerte an die Verletzung der Souveränität und territorialen Integrität des Irak, Afghanistans und Libyens durch die Vereinigten Staaten und den Westen unter dem Vorwand des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit und sagte, es sei „absurd“, dass diese Länder im Zusammenhang mit der Situation in der Ukraine die Achtung der Souveränität und territorialen Integrität erwähnten.

(10) Einige Delegierte, die kleine Staaten vertraten, prangerten das Konzept „Macht setzt Recht“ an: dies müsse nach Ansicht vieler durch die Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen ersetzt werden.

(11) „Dies ist eine Krise, die uns alle angeht, und wir alle müssen uns für die Diplomatie einsetzen und diese Resolution unterstützen“, sagte der Vertreter von Antigua und Barbuda. Die internationale Gemeinschaft habe die Verantwortung, ihre Stimme zu erheben, „damit unser Schweigen nicht als Zustimmung missverstanden wird“. In diesem Sinne rief er alle Länder - insbesondere die kleinen Inselstaaten - dazu auf, zu bekräftigen, dass „Macht nicht Recht ist“.

(12) In der allgemeinen Verurteilung der anhaltenden Bombardierungen und Beschießungen in der Ukraine, die dazu geführt haben, dass mehr als 500.000 Zivilisten vor der Gewalt geflohen sind, berichteten einige Delegierte von ihren eigenen Kriegserfahrungen und erinnerten an die Schrecken, denen ihre Bürger ausgesetzt waren.

(13) „Heute existiert mein Land noch, weil die Völker der Vereinten Nationen damals sofort auf die Schreie der Unschuldigen reagierten“, sagte der Vertreter der Republik Korea und fügte hinzu: „Deshalb betrachtet meine Delegation die Situation in der Ukraine nicht als eine ferne Tragödie.“

(14) Viele Delegierte kündigten an, den Menschen in der Ukraine humanitäre Hilfe zukommen zu lassen, und einige Nachbarstaaten erklärten, sie würden ihre Grenzkapazitäten aufstocken, um den vor der Gewalt fliehenden Menschen schnell zu helfen. Einige Redner wiesen auf rassistische Praktiken hin, die sich gegen Menschen afrikanischer Abstammung richten, die in der Ukraine festsitzen und versuchen, sich in Sicherheit zu bringen.

(15) Der Vertreter von St. Vincent und den Grenadinen brachte seine Bestürzung darüber zum Ausdruck, dass Menschen afrikanischer Abstammung im Zuge der Flüchtlingskrise ungerecht behandelt werden, und forderte eine gleichberechtigte und faire

Behandlung aller Völker. Der Vertreter Südafrikas schloss sich dieser Forderung an und forderte die europäischen Länder auf, Maßnahmen zu ergreifen, um die derzeitige Situation zu beenden, in der einige afrikanische Staatsangehörige und Menschen afrikanischer Abstammung an den Grenzen der Ukraine am Grenzübergang gehindert würden und sich nicht in Sicherheit bringen könnten.

(16) In Bezug auf die Bemühungen, die aus der Ukraine fliehenden Menschen aufzunehmen, sagte die Vertreterin Ungarns, dass alle Fälle von Diskriminierung untersucht und die Täter zur Rechenschaft gezogen würden. Sie hob die laufenden Initiativen hervor, mit denen auf Ersuchen von Staaten um die Evakuierung ihrer Bürger aus der Ukraine reagiert wird, und erklärte, dass Ungarn allen Kriegsflüchtlingen ohne Einschränkungen oder Diskriminierung aufgrund von Rasse, ethnischer Zugehörigkeit, Religion oder Herkunftsland die Einreise gestattet.

(17) Viele Redner betonten die Bedeutung der Menschenrechte und der Einhaltung der Grundprinzipien der Charta der Vereinten Nationen. Der Delegierte Ghanas erinnerte daran, dass die Charta über Bord geworfen wurde, wenn es den mächtigen Staaten passte. Er erklärte: „In diesem Saal und in der gesamten Geschichte unserer Organisation gibt es genug Schuldzuweisungen“. Er warnte jedoch davor, alte Wunden aufzureißen, da dies nur neue schaffe. Erzwungen durch den Sicherheitsrat, sei es nun Aufgabe der Generalversammlung, zu handeln.

(18) Der Delegierte Jamaikas pflichtete ihm bei und erklärte, dass die Untätigkeit der internationalen Gemeinschaft inakzeptabel sei, und fügte hinzu: „Mit den ewigen und inspirierenden Worten von Bob Marley sollten wir alle aufstehen und uns für die Rechte aller Menschen in der Ukraine einsetzen, denn heute sind wir alle die Ukraine“.

(19) Auch Vertreter von Kolumbien, Paraguay, der Dominikanischen Republik, Surinam, Brunei Darussalam, Palau, Antigua und Barbuda, den Förderierten Staaten von Mikronesien, Australien, Guyana, Papua-Neuguinea, Timor-Leste, Monaco, Belize, Gabun, Kuba, Samoa, den Philippinen, Cabo Verde, Malta, Malaysia, Kuwait, Malawi, den Marshallinseln und Israel gaben heute Erklärungen ab, Andorra, Côte d'Ivoire, Republik Moldau, Nepal, Grenada, Bosnien und Herzegowina, Trinidad und Tobago, Venezuela, Vietnam, Argentinien, Thailand, Niger, Nicaragua, Rumänien, Montenegro, San Marino, Zypern, Portugal, Sambia, Bangladesch, Nordmazedonien, Vanuatu, Haiti, Tonga, Demokratische Republik Kongo, Nigeria, Mauritius, Tunesien und Qatar.

(20) Die Generalversammlung wird am Mittwoch, den 2. März, um 10 Uhr wieder zusammentreten, um ihre Sondersitzung fortzusetzen.

Erklärungen

MARTA LUCÍA RAMÍREZ, Vizepräsidentin und Außenministerin **Kolumbiens**, erklärte, die derzeitige Situation in der Ukraine schade einem Mitgliedstaat der Vereinten Nationen, verletze die Rechte des ukrainischen Volkes und bedrohe den Frieden in Europa und in der Welt. Hunderttausende sind auf der Flucht, weltweit ist eine Finanzpanik entstanden, und die schrecklichen Verletzungen müssen als solche angesehen werden, wobei die Russische Föderation für ihre Handlungen zur Rechenschaft gezogen werden muss. Sie wies darauf hin, dass Kolumbien den Resolutionsentwurf mitunterstützt hat, und fügte hinzu, dass alle Staaten wirtschaftliche Sanktionen gegen den Aggressor verhängen sollten. Totalitäre Regime erfordern in der Tat ein entschiedenes Vorgehen gegen sie. Angesichts der jüngsten Drohungen müssen alle bestehenden Mechanismen genutzt werden, um die Einhaltung der von den Atomwaffen-

staaten getroffenen Vereinbarungen zu gewährleisten. Sie lobte die Entscheidung des Internationalen Strafgerichtshofs, Vorwürfe wegen möglichen Völkermords zu untersuchen, und sagte: „Heute müssen wir uns gemeinsam für den Frieden einsetzen. Es wäre nicht hinnehmbar, dass angesichts der anhaltenden Pandemie ein Wettüben einsetzt. Stattdessen muss sich die Welt auf die Bekämpfung von Armut, Hunger und Klimawandel konzentrieren und dabei deutlich machen, dass sie keine Drohungen akzeptiert. Die Russische Föderation könne die Uhr nicht zurückdrehen in eine Zeit, in der Imperien auf Kosten der Rechte anderer Menschen florierten, sagte sie und fügte hinzu, die Welt werde eine Rückkehr in die Vergangenheit nicht akzeptieren.“

(23) (JULIO CÉSAR ARRIOLA RAMÍREZ (**Paraguay**) un-

terstrich die dringende Notwendigkeit einer Reform des Sicherheitsrates angesichts der aktuellen Situation. Angesichts der Drohungen mit dem Einsatz von Atomwaffen sagte er, dass es keine Rechtfertigung für diese Art der Einschüchterung gebe, und forderte die Besitzerstaaten auf, ihren Verpflichtungen aus dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen nachzukommen. Paraguay - das den Resolutionsentwurf unterstützt hat - ruft zur Einstellung der Gewalt auf. Der Sicherheitsrat muss seine Aufgaben wahrnehmen, und es müssen Anstrengungen unternommen werden, um Frieden und Sicherheit wiederherzustellen und gleichzeitig den Schmerz und das Leid der Betroffenen zu lindern. Er begrüßte die Sitzung des Sicherheitsrates am 28. Februar zur Ermittlung der humanitären Bedürfnisse der ukrainischen Bevölkerung. Er forderte eine dringende Reaktion für diejenigen Menschen, die sich in einer schwierigen Lage befinden. Paraguay als Mitglied des Menschenrechtsrates fordert die volle Achtung der Menschenrechte der Ukrainer. Außerdem muss der Verhandlungsprozess auf der Grundlage der bestehenden internationalen Mechanismen, der Charta der Vereinten Nationen und der einschlägigen Resolutionen wieder aufgenommen werden. Der Dialog sei der einzige Weg, der offen stehe, sagte er und gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass die Gespräche am 28. Februar den Prozess voranbringen werden.

(24) JOSÉ ALFONSO BLANCO CONDE (**Dominikanische Republik**) sagte, dass, wie sein Präsident erklärt habe, „unser Land durch die militärische Invasion Russlands gegen das ukrainische Volk erschüttert ist“. Die Russische Föderation verstößt gegen die Charta der Vereinten Nationen, die Minsker Vereinbarungen und das Budapester Memorandum sowie gegen zahlreiche Resolutionen des Sicherheitsrates und der Generalversammlung. Sie verstößt auch gegen die Grundprinzipien des internationalen Rechts, darunter die Verpflichtung, Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln zu lösen und auf die Anwendung von Gewalt zu verzichten. Er forderte, diplomatischen Verhandlungen Vorrang einzuräumen. Nach der COVID-19-Pandemie wolle die Welt keine weiteren Toten und kein weiteres Leid. „Alle Länder, ob groß oder klein, haben die Verantwortung und die Pflicht, die Charta der Vereinten Nationen zu respektieren“, sagte er und betonte, dass „diese Werte nicht verhandelbar sind“. Er rief alle Nationen auf, den Wunsch der Ukraine nach einem Leben in Frieden zu respektieren. „Heute wartet die Menschheit auf uns - lassen Sie uns nicht versagen“, sagte er.

(25) SUNIL ALGRAM SITALDIN (**Surinam**) sagte, die Invasion eines souveränen und unabhängigen Staates durch die Russische Föderation könne unter keinen Umständen akzeptiert werden und müsse sofort beendet werden. Er forderte alle beteiligten Parteien auf, sich verantwortungsbewusst zu verhalten und Zurückhaltung zu üben, um eine Destabilisierung der Region zu verhindern. Er begrüßte die Aufnahme eines Dialogs zwischen der Ukraine und der Russischen Föderation und äußerte die Hoffnung, dass diese Gespräche zu einer Beendigung des Krieges führen werden. Er zeigte sich besorgt über die humanitäre Lage in der Ukraine und rief alle Parteien dazu auf, den sicheren und ungehinderten Zugang humanitärer Hilfe zu den Bedürftigen zu erlauben und zu ermöglichen und die Zivilbevölkerung zu schützen, einschließlich des humanitären Personals und der Personen in vulnerabler Lage. Er erklärte, dass sein Land sowohl mit der Russischen Föderation als auch mit der Ukraine diplomatische Beziehungen unterhalte und sich weiterhin für den Dialog und die Diplomatie einsetzen werde, die für Demokratie, Frieden, Stabilität und Sicherheit unerlässlich seien.

(26) NOOR QAMAR SULAIMAN (**Brunei Darussalam**) äußerte sich besorgt über die Eskalation der Spannungen und militärischen Aktionen in der Ukraine und erklärte, ihr Land verfolge die dortigen Entwicklungen weiterhin. Sie verurteile jede Verletzung der Souveränität, Unabhängigkeit und territori-

alen Integrität eines Landes und betonte die Grundsätze eines auf Regeln basierten Rahmens und den Respekt gegenüber dem internationalen Recht. Sie rief alle unmittelbar beteiligten Parteien auf, die Spannungen abzubauen und von Handlungen abzuweichen, die die Situation weiter verschärfen könnten, und alle Differenzen mit friedlichen Mitteln ohne Androhung oder Anwendung von Gewalt im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen und dem internationalen Recht und im Interesse der Wahrung des Weltfriedens und der Stabilität beizulegen.

(27) ILANA VICTORYA SEID (**Palau**), die sich dem Pazifischen Inselforum angeschlossen hat, sagte, die Ukraine und ihr Land hätten wenig gemeinsam, aber es gebe eine Verwandtschaft, weil sie „als enge Geschwister bei der Geburt der Nationen“ betrachtet werden könnten, denn sie wurden beide Anfang der 1990er Jahre unabhängig. „Wenn eine Laune des Schicksals dazu geführt hätte, dass einer unserer ehemaligen Kolonisatoren gegen uns mit einer ähnlichen Aggression wie Russland gegen die Ukraine vorgegangen wäre, und sich dabei auf die historische Einheit berufen hätte, wäre es unser Volk gewesen, das die Kriegsgreuel hätte erleiden müssen, die wir heute in der Ukraine erleben“, sagte sie. Es hätte eine palauische Frau sein können, die an einem der freudigsten Tage ihres Lebens gezwungen gewesen wäre, „ihr Kind in einem Luftschutzkeller zur Welt zu bringen, unter dröhnendem Lärm der Raketeneinschläge im Hintergrund“, erklärte sie. Unter Berufung auf das vom Präsidenten der Russischen Föderation, Wladimir Putin, selbst proklamierte Prinzip der historischen Einheit stellte sie fest, dass die historische Vergangenheit ein Teil des Gefüges einer integrierten Welt sei und kein perverser Vorwand, um einen nicht-provozierten Krieg gegen Nachbarn zu führen. Ja, Putins Worte erinnern in unheimlicher Weise an Adolf Hitlers Rechtfertigung für die Annexion des Sudetenlandes von der Tschechoslowakei in den 1930er Jahren. Sie betonte, dass die Geschichte zeige: einer aggressiven Macht könne die internationale Gemeinschaft keine Zugeständnisse machen, um einen Konflikt zu vermeiden, und rief alle Mitgliedstaaten auf, für die Resolution zu stimmen. „Wir können nicht tatenlos zusehen, wie Russland versucht, die auf Regeln basierte Weltordnung zu zerstören, um seine eigenen, engstirnigen Interessen zu verfolgen“, sagte sie.

(28) WALTON ALFONSO WEBSON (**Antigua und Barbuda**) erklärte, der Außenminister seines Landes habe am 8. Februar auf die Bedeutung von Selbstbestimmung und Souveränität hingewiesen, und wenn diese Prinzipien irgendwo bedroht seien, habe die internationale Gemeinschaft die Verantwortung, ihre Stimme zu erheben, „damit unser Schweigen nicht als Zustimmung missverstanden werden kann“. Er sagte, die Sicherheitsbedenken der Russischen Föderation rechtfertigten keine Gewaltanwendung oder Invasion und verurteilte diese auf das Schärfste. Der Konflikt stürzt die Welt, die sich gerade erst von den Auswirkungen der Pandemie erholt, in eine weitere große Unsicherheit. Er zitierte einen Bericht der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD), wonach die kleinen Inselstaaten unter einem 7,5-prozentigen Anstieg der Preise für essentielle Güter leiden. „Dies ist eine Krise, die uns alle angeht, und wir alle müssen uns für die Diplomatie einsetzen und diese Resolution unterstützen“, erklärte er. Er wies darauf hin, dass das Veto des Sicherheitsrates eigennützig eingesetzt worden sei, und rief alle Länder - insbesondere die kleinen Inselstaaten - dazu auf, zu bekräftigen: „Macht ist nicht Recht“.

(29) HAROLD ADLAI AGYEMAN (**Ghana**) wies auf den Ernst der Lage in der Ukraine hin und sagte, dass die Untätigkeit der internationalen Gemeinschaft bei der scharfen Verurteilung der Handlungen der Russischen Föderation die Säulen weiter untergraben würde, „die unsere Welt ungeachtet ihrer Unvollkommenheit zusammengehalten haben“. „In diesem Saal und in der gesamten Geschichte unserer Organisation machen ausreichend Schuldzuweisungen die Runde“, sagte er und erin-

nete daran, dass die Charta über Bord geworfen wurde, wenn das mächtigen Staaten passte. Er warnte jedoch davor, alte Wunden aufzureißen, da dies nur neue schaffe. Angesichts des Beschlusses des Sicherheitsrats sei es nun Aufgabe der Generalversammlung, zu handeln. „Von diesem Saal aus muss die Russische Föderation unsere Forderung nach einem sofortigen Waffenstillstand, einem Rückzug ihrer Truppen aus der Ukraine und einem erneuten Engagement für Diplomatie und Dialog hören“, sagte er und fügte hinzu, dass Moskau seit langem mit Ghana befreundet sei und dass es „nur in wahrer Freundschaft möglich sei, offen miteinander umzugehen“.

(30) JANE J. CHIGIYAL (**Föderierte Staaten von Mikronesien**), die sich dem Forum der Pazifischen Inseln anschließt, betonte, dass es sich bei diesem Angriff eines Mitgliedstaates auf einen anderen nicht um eine friedenserhaltende Mission, sondern um einen Angriffskrieg handle. „Es ist zweifelsfrei klar, wer der Aggressor und wer das Opfer ist“, sagte sie und fügte hinzu: „Der Krieg hat ein menschliches Gesicht und es gibt keine Gewinner.“ Vor diesem Hintergrund forderte sie die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten und den Rückzug der russischen Streitkräfte aus dem Hoheitsgebiet der Ukraine. Darüber hinaus betonte sie, dass der ungehinderte Zugang zu humanitärer Hilfe und sicheres Geleit für die Hilfesuchenden gewährleistet sein muss. Sie wies darauf hin, dass die in der Verfassung ihres Landes verankerten Grundsätze in engem Zusammenhang mit denen der Charta der Vereinten Nationen stehen, und brachte ihre tiefe Besorgnis über die „abscheulichen Handlungen der Russischen Föderation“ zum Ausdruck und erinnerte daran, dass ihre Regierung die diplomatischen Beziehungen zu diesem Land aus Solidarität mit dem ukrainischen Volk abgebrochen hat. Sie forderte die Parteien auf, den Weg des friedlichen Dialogs zu beschreiten.

(31) MITCHELL FIFIELD (**Australien**) verurteilte die nicht-provozierte und ungerechtfertigte Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine und betonte, dass „es keine Provokation und keinen gerechten Grund gibt, den Russland vorgeblich verfolgt“. Es handele sich um einseitige, feindselige Handlungen, und trotz der Verpflichtung zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit „hat sich Russland für den Krieg entschieden“, sagte er und hat dabei eine Abschrift der Charta der Vereinten Nationen in die Höhe. Er wies darauf hin, dass Moskau einen echten Dialog über seine Sicherheitsbedenken verweigert habe, und fügte hinzu: „Lassen Sie uns Klartext reden: Russland verletzt seine Verpflichtungen aus der Charta.“ Als Reaktion darauf hat Australien eine Reihe von Sanktionen angekündigt, die Moskau reale Kosten auferlegen - der Schwere dessen Verhaltens entsprechend - und hat finanzielle Beiträge zur Bereitstellung von nicht-letaler Ausrüstung und humanitärer Unterstützung für die Ukraine geleistet. Canberra ist bereit, weiter zu helfen, wenn der Bedarf steigt. Er fuhr fort damit, den sofortigen Rückzug des russischen Militärs, die Einstellung der Militäraktionen und einen Frieden zu fordern, „der es dem ukrainischen Volk ermöglicht, nach seinen eigenen Regeln zu leben“.

(32) CAROLYN RODRIGUES-BIRKETT (**Guyana**) gab ihre Übereinstimmung mit den Erklärungen der Karibischen Gemeinschaft (CARICOM) vom 14. und 24. Februar an und erklärte, ihr Land sei zutiefst besorgt über die jüngste Militärintervention der Russischen Föderation, die die territoriale Integrität und Souveränität der Ukraine verletze. Sie forderte eine sofortige Einstellung der Feindseligkeiten und eine Rückkehr zur Diplomatie. Die Regierung von Guyana missbilligt die Androhung oder Anwendung von Gewalt und drängt auf eine friedliche Lösung der derzeitigen Differenzen im Einklang mit dem internationalen Recht und den Bestimmungen der Charta. Die laufende Militäraktion in der Ukraine steht im Widerspruch zu den Grundsätzen der Achtung der territorialen Integrität, der Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen souveränen Staates. „Die Aggression

gegen die Ukraine ist eine Bedrohung für die Region und für alle Länder“, sagte sie. Guyana unterstützt die Bemühungen des Generalsekretärs, eine rasche Lösung für die Situation in der Ukraine herbeizuführen und die Bedrohung des internationalen Friedens und der Sicherheit zu beenden.

(33) BRIAN CHRISTOPHER MANLEY WALLACE (**Jamaika**) forderte den sofortigen und vollständigen Rückzug der russischen Streitkräfte aus dem Hoheitsgebiet der Ukraine, da diese Präsenz sowohl in Wort als auch in Geist gegen die in der Charta verankerten Grundsätze verstoße - ein ungeheuerliches Vorgehen, insbesondere in Anbetracht der Position Russlands als ständiges Mitglied des Sicherheitsrats, des Organs, das für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit zuständig ist. Als kleiner Inselstaat ist sich Jamaika darüber im Klaren, dass der internationale Rechtsrahmen und die Charta darauf abzielen, ein sicheres Umfeld für alle Nationen zu schaffen, unabhängig von ihrer Größe oder ihrem Status, und dass eine Untätigkeit der internationalen Gemeinschaft nicht hinnehmbar wäre. Die Mitgliedstaaten haben sich verpflichtet, nachfolgende Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren“, sagte er, und „die anhaltenden Übergriffe in der Ukraine sind eine Verletzung dieses heiligen Versprechens“. Er zeigte sich besorgt über die sich verschlechternde humanitäre Lage und forderte alle Parteien auf, dafür zu sorgen, dass die Vertriebenen, sowohl die ukrainischen als auch die ausländischen Staatsbürger, sicher und ungehindert an den von ihnen gewählten Bestimmungsort gelangen können. „Mit den ewigen und inspirierenden Worten von Bob Marley sollten wir alle aufstehen und für die Rechte aller Menschen in der Ukraine eintreten, denn heute sind wir alle die Ukraine“, sagte er.

(34) OLIVIER MAES (**Luxemburg**) stellte sich in eine Reihe mit der Europäischen Union und erklärte, dass die brutale, ungerechtfertigte und kriminelle anhaltende Aggression der Russischen Föderation die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine angreife und die Grundsätze der Vereinten Nationen und des Multilateralismus in Frage stelle. Das Veto der Russischen Föderation am 25. Februar hat dazu geführt, dass der Sicherheitsrat sein Mandat nicht erfüllt hat. Die Generalversammlung muss nun ihrer eigenen Verantwortung gerecht werden. Er verwies darauf, dass Luxemburg den aktuellen Resolutionsentwurf, der unter anderem den vollständigen Rückzug der russischen Streitkräfte aus der Ukraine und Friedensgespräche zur Beendigung des Konflikts fordert, mitunterstützt hat. In dieser kritischen Phase der Sicherheit in Europa und der Welt rechtfertigt nichts den Einsatz von Atomwaffen. Er forderte, dass Belarus und die Russische Föderation das internationale Recht einhalten und dass Verbrechen nicht ungestraft bleiben dürfen. Er begrüßte die Entscheidung des Internationalen Strafgerichtshofs, eine Untersuchung einzuleiten, sowie die Bemühungen des Menschenrechtsrats, eine Untersuchung einzuleiten, und forderte die Russische Föderation auf, der jüngsten Aufforderung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte an Moskau nachzukommen, die Bombardierungen einzustellen. Luxemburg seinerseits unterstütze die humanitären Bemühungen mit einer Million Euro, bereite die Aufnahme von Flüchtlingen vor, stelle der Ukraine Medikamente und Ausrüstung zur Verfügung und verhängte Sanktionen gegen die Russische Föderation, betonte er: „Das Schicksal der Ukraine ist unser Schicksal; heute sind wir alle Ukrainer.“

(35) MAX HUFANEN RAI (**Papua-Neuguinea**), der sich dem Pazifischen Inselforum anschloss, sagte, diese Dringlichkeitssitzung sei nur einberufen worden, weil der Sicherheitsrat seinen Kernaufgaben nicht gerecht geworden sei. Er zeigte sich enttäuscht über das Versagen einiger Ratsmitglieder bei der Einhaltung der unantastbaren Prinzipien der Charta: „Wegschauen ist nicht das, was wir von ihnen erwarten“, da sie nicht nur die Interessen ihrer eigenen Delegationen vertreten. Es sind Zeiten

wie diese, die die längst überfällige Reform des Vetorechts des Rates und eines archaischen Gremiums in den Vordergrund rücken und unterstreichen, das zum Schaden der kollektiven Sicherheit ein Gefangener seiner Vergangenheit bleibt. Dies sei bedauerlicherweise gerade in der Ukraine zu beobachten, sagte er. Er forderte die Russische Föderation auf, sich unverzüglich aus der Ukraine zurückzuziehen, und begrüßte die laufenden Bemühungen um einen Dialog. Die Wiederherstellung von Vertrauen, Zuverlässigkeit und gegenseitiger Achtung zwischen allen Parteien dürfe nicht auf Kosten der Haftung für die in den Konflikt verwickelten Handlungen und Akteure gehen. Er forderte die sichere Durchreise von Helfern und Hilfsgütern und dankte den Nachbarländern dafür, dass sie den Schutzsuchenden ihre Grenzen und Herzen geöffnet haben. Papua-Neuguinea unterstützt und befürwortet den Resolutionsentwurf voll und ganz, ebenso wie die Resolution des Rates, gegen die am 25. Februar ein Veto eingelegt wurde, und die Resolution „Uniting for Peace“, die zwei Tage später angenommen wurde.

(36) SEBASTIANA BARROS (**Timor-Leste**) erklärte, ihre Delegation habe den Resolutionsentwurf mitgetragen, weil sie der Meinung sei, dass die Handlungen der letzten Tage gegen internationale humanitäre Menschenrechts-Gesetze verstoßen und zu einem regelrechten Krieg eskaliert seien, der die Zivilbevölkerung schwer getroffen habe. Jetzt ist es die Pflicht der Generalversammlung, sich zu erheben und die Grundpfeiler der Vereinten Nationen zu verteidigen. Sie erinnerte an die Erfahrungen von Timor-Leste mit Schmerz und Leid, die durch einen militärischen Angriff verursacht wurden, und sagte, ihr Land sei aus der Asche einer jahrelangen Zwangsbesetzung hervorgegangen und wisse, dass ein Krieg niemandem etwas bringe. Sie forderte alle Konfliktparteien auf, einem sofortigen Waffenstillstand zuzustimmen und eine diplomatische Lösung anzustreben, und sagte, die wichtigste Aufgabe der UN sei die Erhaltung von Frieden und Sicherheit. Gleichzeitig müsse sie die Zivilbevölkerung schützen und die Voraussetzungen für den Frieden schaffen, sagte sie und dankte dem Generalsekretär und allen Organisationen und Partnern der Vereinten Nationen für ihre kontinuierliche Unterstützung der Zivilbevölkerung durch ihre humanitären Einsätze.

(37) INGA RHONDA KING (**St. Vincent und die Grenadinen**) verwies auf die legitimen Sicherheitsbedenken und die Perspektive der Russischen Föderation in Bezug auf die Donbass-Region sowie auf die Notwendigkeit diplomatischer Bemühungen, um diese ernsthaft anzugehen. Die „besondere Militäroperation“ sei jedoch nicht zu rechtfertigen, da sie menschliches Leid über den gesamten Globus verschlimmern werde, wobei kein Mitgliedstaat vor den Auswirkungen gefeit sei. Sie wies darauf hin, dass die Existenz von St. Vincent und den Grenadinen als souveräner und unabhängiger Staat den internationalen, unantastbaren Normen und nicht verhandelbaren Grundsätzen der Charta geschuldet ist, und mahnte deren strikte Einhaltung an, wobei sie die Aufrufe der CARICOM und der Organisation Ostkaribischer Staaten (OECS) zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten wiederholte. Während die Russische Föderation in der Vergangenheit die Ziele und Grundsätze der Charta verteidigt hat, forderte sie unmissverständlich den sofortigen Rückzug derer Streitkräfte aus der Ukraine. „Die Geschichte hat uns gelehrt, dass Frieden eine große Sache ist, und große Sachen wurden noch nie von zweifelhaften Männern oder Frauen gewonnen“, bekräftigte sie. Sie zeigte sich bestürzt darüber, dass Menschen afrikanischer Abstammung im Zuge der Flüchtlingskrise ungerecht behandelt werden, und forderte eine faire Behandlung aller Völker.

(38) ISABELLE F. PICCO (**Monaco**), die sich der Europäischen Union anschließt, erklärt, dass sich ihr Land für die Achtung des Völkerrechts und der Charta der Vereinten Nationen einsetzt. In der Generalversammlung, in der jeder Staat eine

Stimme hat, wird Monaco seine Stimme zur Unterstützung der Ukraine einsetzen. Sie äußerte ihre große Besorgnis darüber, dass die Bevölkerung der Ukraine auf der Flucht vor der Gewalt vertrieben wird. Die Situation verschlimmere sich rapide und die Zivilbevölkerung leide, sagte sie und betonte, dass „die Genfer Konventionen und ihre Zusatzprotokolle eine Unterscheidung zwischen Zivilisten und Kombattanten vorschreiben und verbieten, Zivilisten als Ziele zu benutzen“. Der Dialog auf der Grundlage des internationalen Rechts und der Grundsätze der Charta sei der einzige Weg, um den Krieg zu beenden, sagte sie und kündigte an, dass ihre Delegation für die Resolution stimmen werde.

(39) AGUSTÍN SANTOS MARAVER (**Spanien**), der sich der Europäischen Union anschloss, erklärte, die Generalversammlung trete zusammen, weil der Sicherheitsrat durch das Veto der Russischen Föderation blockiert sei. Er sagte, Moskau habe sein Veto eingelegt und es damit begründet, die Interessen der ständigen Mitglieder des Rates auszugleichen. Er fragte, ob dieses Gleichgewicht - wie es von einem Mitglied interpretiert werde - wichtiger sei als die Charta der Vereinten Nationen. „Sind einige Mitgliedstaaten gleicher als andere?“, fragte er und betonte, dass „das Veto ein Anachronismus ist - wir müssen es abschaffen.“ In der Resolution, über die die Generalversammlung derzeit berät, geht es um die Souveränität der Ukraine, die Verteidigung des Friedens und die diplomatische Beilegung von Konflikten sowie um „den eigentlichen Grund dafür, dass es die Vereinten Nationen überhaupt gibt“. Er verurteilte die Invasion in der Ukraine aufs Schärfste und drückte seine Bewunderung für diejenigen aus, die gegen den Krieg vorgehen. „Mit jeder Minute des Widerstands löst sich die Selbstgerechtigkeit der Angreifer mehr und mehr in Luft auf“, sagte er.

(40) ALFONSO GAHONA (**Belize**) sagte, der Angriff der Russischen Föderation auf die Ukraine sei ein Angriff auf die Charta der Vereinten Nationen und ein Angriff auf das internationale System. Er verurteilte diesen illegalen Angriff und dessen grobe Verletzung des internationalen Rechts und erklärte, sein Land erkenne weder die „sogenannte Donezker Volksrepublik“ noch die sogenannte Luhansker Volksrepublik“ an. Er zeigte sich sehr besorgt über die verheerenden Auswirkungen des Krieges auf das Leben der ukrainischen Bevölkerung und betonte, dass Frauen, ältere Menschen und Kinder die Folgen besonders hart zu spüren bekommen werden. Alle Staaten müssen die Grundsätze der Charta und die Normen des internationalen Rechts achten und einhalten, sagte er und forderte die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten und den Abzug aller Truppen und militärischen Mittel der Russischen Föderation aus der Ukraine. Er forderte alle Seiten auf, Zurückhaltung zu üben, das humanitäre internationale Recht einzuhalten und auf die Diplomatie zurückzugreifen, um eine friedliche Lösung für den bewaffneten Konflikt zu finden. Er bekräftigte die Solidarität seines Landes mit der Ukraine und ihrem Volk.

(41) MATHU JOYINI (**Südafrika**) begrüßte die Aufnahme von Gesprächen zwischen der Ukraine und der Russischen Föderation und äußerte die Hoffnung, dass diese Gespräche zu einer diplomatischen Lösung führen werden, die zu einer nachhaltigen politischen Lösung führen wird. Sie sagte, die Ereignisse der letzten zwei Wochen hätten den Mitgliedstaaten erneut vor Augen geführt, dass eine Reform der Vereinten Nationen, insbesondere des Sicherheitsrates, dringend notwendig und längst überfällig sei. „Wir brauchen einen Rat, der frei ist vom Erbe des Kalten Krieges, damit er wirklich der Ort ist, an dem die Gemeinschaft der Nationen zusammenkommt, um Konflikte zu lösen und eine gerechtere und friedlichere Welt aufzubauen“, sagte sie. Sie forderte den Rat auf, die ihm zur Verfügung stehenden Instrumente zur Unterstützung der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten zu nutzen. Sie stellte mit Besorgnis fest, dass nicht alle Konfliktsituationen die gleiche Aufmerksamkeit er-

halten haben, und betonte, dass seit langem bestehende Situationen, mit denen der Sicherheitsrat befasst ist, weiterhin nicht gelöst werden. „Es ist notwendig, dass wir anderen langjährigen Konflikten, in denen die Charta der Vereinten Nationen und die Menschenrechte verletzt werden, die gleiche Aufmerksamkeit widmen“, sagte sie. Sie schloss sich der Kommission der Afrikanischen Union an und äußerte ihre Besorgnis über die Behandlung afrikanischer Staatsangehöriger und Menschen afrikanischer Abstammung an den Grenzen der Ukraine, von denen einige die Grenze nicht überqueren und sich in Sicherheit bringen dürfen, und forderte die europäischen Länder auf, Maßnahmen zur Lösung dieser Situation zu ergreifen, da alle Menschen das Recht haben, in Konfliktzeiten internationale Grenzen zu überschreiten.

(42) MICHEL XAVIER BIANG (**Gabun**) sagte, dass die Mitgliedstaaten eine klare Botschaft an die Völker der Welt senden müssen, dass die Vereinten Nationen gegen Krieg sind, und verurteilte unmissverständlich die Aggression gegen die Ukraine und alle Kriege, die um Hegemonie oder Ressourcen geführt werden. Er äußerte sich besorgt über den Ernst der Lage, in der Blut fließt und Menschen Zuflucht suchen, und sagte, dass „wir die Pflicht haben, eine Alternative zur Angst anzubieten, bis das Gespenst der Konfrontation verschwindet“. Es sei immer Zeit, der Diplomatie den Vorzug vor der Gewalt zu geben. Er rief zu einem sofortigen Waffenstillstand auf und forderte die Kriegsparteien auf, keine unterschiedslos wirkenden Waffen einzusetzen, die Zivilisten bedrohen. Er äußerte sich besorgt darüber, dass afrikanische Studenten in der Ukraine diskriminiert werden, wenn sie Schutz suchen, und betonte: „Wir sagen Nein zu Rassismus und fordern die Achtung der Menschenwürde.“

(43) PEDRO LUIS PEDROSO CUESTA (**Kuba**) erklärte, dass seine Regierung das Völkerrecht verteidige und Lateinamerika und die Karibik eindeutig als eine Zone des Friedens unterstützen werde, wie dies 2014 erklärt worden sei. Er merkte an, dass es unmöglich sei, die Situation in der Ukraine rigoros und ehrlich zu analysieren, ohne die Faktoren zu berücksichtigen, die zur Anwendung von Gewalt geführt haben. Die Entschlossenheit der Vereinigten Staaten, die Reichweite der Nordatlantikpakt-Organisation (NATO) auf die Grenzen der Russischen Föderation auszudehnen, hat zu einem unvorhersehbaren Szenario geführt, das hätte vermieden werden können. Die Bewegungen der letzten Monate, einschließlich der Lieferung von Waffen in die Ukraine, kämen einer militärischen Zangenbewegung gleich. Es sei ein Fehler, die Forderungen der Russischen Föderation nach Sicherheitsgarantien zu ignorieren, da es unmöglich sei, Frieden zu schaffen, indem man Staaten einkreise und sich abschotte. Er äußerte sich ebenfalls besorgt über die erstmalige Aktivierung der NATO-Reaktionskräfte. Er erinnerte daran, dass die Vereinigten Staaten und die NATO 1999 eine Aggression gegen das ehemalige Jugoslawien gestartet haben, ein europäisches Land, das sie aus geopolitischen Gründen unter hohen menschlichen Opfern zerschlagen haben. Washington und seine Verbündeten sind in souveräne Staaten eingedrungen, um einen Regimewechsel herbeizuführen, und sind für Hunderttausende von Toten in der Zivilbevölkerung verantwortlich, die als „Kollateralschäden“ in Kriegen der Plünderung und Ausbeutung bezeichnet werden. Mit Blick auf den zu prüfenden Resolutionsentwurf warnte er, dass das vorangegangene Dokument im Rat nicht als echte Suche nach Lösungen für die Krise konzipiert war und der der Generalversammlung vorgelegte Text an denselben Mängeln und fehlenden Grenzen leidet, ohne die Verantwortung derjenigen anzuerkennen, die aggressive Aktionen durchgeführt haben.

(44) FATUMANAVA-O-UPOLU III PA'OLELEI LUTERU (**Samoa**) schloss sich dem Pazifischen Inselforum an und erklärte, dass sein Land als kleiner Inselentwicklungsstaat der Ansicht sei, dass es nur wenige globale Mechanismen gebe, um seine Sicherheit zu gewährleisten. Dazu gehört ein Instrument, das die

Aufrechterhaltung des Weltfriedens und die Achtung der auf Regeln basierenden internationalen Ordnung gewährleistet. Das Hauptaugenmerk muss auf der Präambel der Charta liegen, die Generationen vor der Geißel des Krieges bewahrt. Er forderte alle Akteure auf, sich auf die sofortige Beendigung der Feindseligkeiten zu konzentrieren, die Zivilbevölkerung zu schützen und alle Militäroperationen einzustellen. Er begrüßte den aktuellen Aufruf sowohl der Ukraine als auch der Russischen Föderation zu Friedensgesprächen. Er appellierte an die Russische Föderation, die Grundsätze der Charta zu respektieren, sich an das Völkerrecht zu halten und die Minsker Vereinbarungen vollständig einzuhalten: „Lasst uns alle dem Frieden eine Chance geben“ und den Resolutionsentwurf unterstützen.

(45) ENRIQUE AUSTRIA MANALO (**Philippinen**) erklärte, sein Land werde für die Resolution stimmen und verurteile die Invasion in der Ukraine. Er rief zum Schutz der Zivilbevölkerung und der zivilen Infrastrukturen auf und forderte die Einstellung der Feindseligkeiten. Mit Blick auf die wachsende humanitäre Krise betonte er, dass der sichere Zugang zu humanitärer Hilfe mit den wirksamsten Mitteln gewährleistet werden muss. Alle Staaten genießen das Recht auf uneingeschränkte Souveränität in allen ihren Hoheitsgebieten, sagte er und verurteilte den Einsatz von Separatismus und Sezession als eine Waffe der Diplomatie, die zu Grausamkeiten und wahllosem Töten einlädt und sie zufügt. Er plädierte nachdrücklich dafür, auf die Manila-Erklärung von 1982 über die friedliche Beilegung internationaler Streitigkeiten zurückzugreifen, da dies die anhaltende Tragödie zumindest vorläufig stoppen würde.

(46) JÚLIO CÉSAR FREIRE DE MORAIS (**Cabo Verde**) warnte davor, dass angesichts der anhaltenden Gewalt ein städtischer Guerillakrieg bevorzustehen scheint, und sagte, dies sei ein entscheidender Moment für die Vereinten Nationen und die Menschheit. Er lobte die Bemühungen, den dringenden humanitären Bedarf zu decken, und begrüßte die Hilfsangebote der Nachbarländer. Cabo Verde verurteilt unmissverständlich den Rückgriff auf Drohungen oder die Anwendung von Gewalt in den Beziehungen zwischen Staaten und bekennt sich zur Achtung der Werte und des internationalen Rechts, die in der Charta der Vereinten Nationen verankert sind. In diesem Zusammenhang bekräftigt sie die Notwendigkeit, die souveräne Gleichheit, die territoriale Integrität und die Unverletzlichkeit der Staaten zu achten. Als kleiner Inselentwicklungsstaat misst Cabo Verde der strikten Einhaltung der Grundsätze und des Inhalts der Charta größte Bedeutung bei. Er erklärte: „Wir sollten ohne zu zögern diese ernste Herausforderung für den Multilateralismus in Angriff nehmen und eine Antwort dahingehend zu geben, die Situation zu stoppen und umzukehren und dabei die Universalität der Charta der Vereinten Nationen zu wahren.“ Es sollten keine Mühen gescheut werden, um einen sofortigen Waffenstillstand zu erreichen und einen diplomatischen Ausweg durch Dialog und Verhandlungen zur Konfliktlösung gemäß den Bestimmungen der Minsker Vereinbarungen und im Einklang mit der Resolution 2202 (2015) des Sicherheitsrats zu suchen, sagte er und fügte hinzu, dass die laufenden direkten Gespräche in Belarus zwar spät, aber in die richtige Richtung gehen.

(47) ZSUZSANNA HORVÁTH (**Ungarn**) schloss sich der Europäischen Union an und erklärte, dass die Geschehnisse in der Ukraine die Sicherheit aller Mitgliedstaaten berührten und strategische Gelassenheit erforderlich sei, um Handlungen zu vermeiden, die zu einer weiteren Eskalation einer bereits schlimmen Situation führen könnten. Der Krieg in der benachbarten Ukraine ist ein großes Sicherheitsrisiko für Ungarn, das nach wie vor an einer friedlichen Beilegung dieses Konflikts interessiert ist. Die Region habe unter den Konflikten zwischen mächtigen Nationen gelitten, sagte sie und erinnerte an die Erfahrungen des Kalten Krieges. Sie begrüßte die Nachricht von den di-

rekten Gesprächen und sprach sich für die Einheit der Europäischen Union und der NATO aus und unterstützte deren gemeinsame Maßnahmen sowie die Bemühungen der Sonderbeobachtungsmission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Ungarn ist weiterhin zur Aufnahme von Flüchtlingen bereit, seine Botschaften sind geöffnet und die Grenzübergänge arbeiten mit voller Kapazität. Als Reaktion auf die Bitten zahlreicher Staaten, ihre Bürger zu evakuieren, hat Ungarn all jenen, die vor dem Krieg fliehen, ohne Einschränkungen oder Diskriminierung aufgrund von Rasse, ethnischer Zugehörigkeit, Religion oder Herkunftsland die Einreise gestattet, sagte sie und fügte hinzu, dass alle Fälle von Diskriminierung untersucht und die Täter zur Rechenschaft gezogen würden. Sie rief zur sofortigen Einstellung der Feindseligkeiten auf und bekräftigte das Angebot Ungarns, Friedensgespräche zu führen. Sie ist zutiefst besorgt über den Krieg in ihrem Nachbarland und die Folgen für die Region und bekräftigte ihre Unterstützung für eine diplomatische Lösung. Ungarn wird für den Resolutionsentwurf stimmen, bei dem es nicht darum geht, Partei zu ergreifen, sondern die Grundsätze der Charta zu wahren.

(48) VANESSA FRAZIER (**Malta**), die sich der Europäischen Union anschließt, bekräftigt die unerschütterliche Unterstützung ihres Landes für die Souveränität, territoriale Integrität und Unabhängigkeit der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen. Sie verurteilte nachdrücklich den von der Russischen Föderation angezettelten nicht-provozierten Krieg, der sowohl illegal als auch inakzeptabel sei, und erinnerte daran, dass Malta sich einer Gruppe von über 80 Ländern angeschlossen habe, die den im Sicherheitsrat vorgelegten Resolutionsentwurf mitgetragen hätten, der die Russische Föderation für ihre Aggression verurteilt und ein Ende der Offensive gefordert hätte. Sie bezeichnete das Veto Moskaus gegen diesen Entwurf als „beunruhigend“ und betonte die Notwendigkeit, die Zivilbevölkerung zu schützen und das internationale Recht in vollem Umfang zu achten, während sie gleichzeitig dazu aufrief, den Bedürftigen schnelle, sichere und ungehinderte humanitäre Hilfe zukommen zu lassen. „Es ist nie zu spät für Diplomatie“, sagte sie und äußerte die Hoffnung, dass die Versammlung ein einstimmiges Signal an die Welt senden wird, um die entscheidenden Grundsätze der Souveränität und Unabhängigkeit aller Mitgliedstaaten zu verteidigen.

(49) SYED MOHAMAD HASRIN AIDID (**Malaysia**) erkannte die legitimen Sicherheitsbedenken aller Parteien an, während er bedauerte, dass der Sicherheitsrat nicht in der Lage sei, seine Hauptverantwortung für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit wahrzunehmen. Dessen ungeachtet müssen sich alle Parteien strikt an die Prinzipien der staatlichen Souveränität und territorialen Integrität halten. „In Konfliktsituationen kann es keine Lösung am Ende des Gewehrlaufs geben“, sagte er und rief stattdessen zur Zurückhaltung und zu konkreten Schritten zur Deeskalation der Situation zugunsten des Dialogs auf. Er äußerte sich auch sehr besorgt über Berichte, wonach die Atomwaffenarsenale in „höchste Alarmbereitschaft“ versetzt werden, und erinnerte daran, dass Malaysia Opfer des Konflikts in der Ukraine war, als sein Flug MH17 vor acht Jahren abgeschossen wurde und 298 unschuldige Menschen ums Leben kamen. Vor diesem Hintergrund wird seine Delegation für den der Versammlung vorliegenden Resolutionsentwurf stimmen.

(50) MANSOUR AYYAD SH. A. ALOTAIBI (**Kuwait**) weist darauf hin, dass die Generalversammlung heute zusammentritt, um über die „Unfähigkeit des Sicherheitsrates, seiner Pflicht zur Aufrechterhaltung des Friedens und der Sicherheit in Europa und der Welt nachzukommen“, zu diskutieren, und betont, dass sich das multilaterale System in einer heiklen Lage befindet. Diese Situation stelle die Vereinten Nationen vor eine echte Be-

währungsprobe bei der Verteidigung der Werte und Grundsätze, auf denen sie gegründet wurden, und er begrüßte die am 28. Februar geführten Verhandlungen zwischen der Russischen Föderation, der Ukraine und Belarus als „Hoffnungsschimmer“. Angesichts der schmerzlichen Erfahrung der Besetzung Kuwaits im Jahr 1991 unterstrich er die Notwendigkeit, dass sich die Staaten an das internationale Recht und die Charta der Vereinten Nationen halten, die einen „sicheren Hafen für kleine Staaten“ darstellt und das Konzept der kollektiven Sicherheit verkörpert. Er lehnte die Androhung oder Anwendung von Gewalt in den Beziehungen zwischen den Staaten ab und brachte seine Besorgnis über die sich verschlechternde Lage in der Ukraine zum Ausdruck. Er forderte alle Parteien auf, ihren Verpflichtungen aus dem internationalen Recht und den Resolutionen des Rates nachzukommen, die den Schutz der Zivilbevölkerung und der Infrastruktur fordern.

(51) AGNES MARY CHIMBIRI MOLANDE (**Malawi**) bekräftigte das Engagement seines Landes für weltweiten Frieden und Sicherheit und erinnerte daran, dass Malawi als friedliebende Nation jede Eskalation verurteilt, die diese gemeinsame Sache bedroht. „Die Fortschritte, die beim Aufbau der globalen Friedens- und Sicherheitsarchitektur erzielt wurden, sollten von uns allen eifersüchtig bewacht werden“, betonte sie und hob die Unantastbarkeit der Souveränität und territorialen Integrität aller Mitgliedstaaten hervor. In einer Zeit, in der die Welt bereits mit mehreren existenziellen Krisen zu kämpfen hat - von der COVID-19-Pandemie bis zum Klimawandel - ist Zurückhaltung umso notwendiger. Sie forderte die Russische Föderation auf, das Feuer unverzüglich einzustellen und ihre Streitkräfte aus der Ukraine abzuziehen, um die Voraussetzungen für ein fortgesetztes diplomatisches Engagement und einen dauerhaften Frieden zu schaffen. Sie wies darauf hin, dass der Sicherheitsrat und alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen in dieser Krise im Geiste des Multilateralismus Führungsstärke beweisen müssen.

(53) AMATLAIN ELIZABETH KABUA (**Marshallinseln**), die sich dem Forum der Pazifischen Inseln anschloss, sagte, dass die vollständige militärische Invasion der Ukraine durch die Russische Föderation kaum mehr als ein Trick sei, um eine imperialistische Agenda zu erfüllen. „Der freie Wille und die Rechtsstaatlichkeit werden durch den Lauf einer Waffe außer Kraft gesetzt“, erklärte sie. Jedes demokratische Land der Welt sollte besorgt sein, „denn eine unrechtmäßige Invasion in eines unserer Länder ist wirklich eine unrechtmäßige Invasion in alle“. Sie nannte die nicht-provozierte Invasion eine „Tyrannei“ und warnte davor, dass die Vereinten Nationen ihre Bedeutung gefährden, wenn sie nicht handeln können, so wie der Völkerbund vor langer Zeit. „Unsere Bevölkerung ist klein - aber unsere Stimme kann sehr laut sein“, bekräftigte sie und forderte die internationale Gemeinschaft auf, sich gegen eklatantes Unrecht auszusprechen, „denn wenn wir das jetzt nicht tun, wer wird dann bei künftigen Bedrohungen für uns oder unsere Nachbarn eintreten?“ Sie zeigte sich besorgt über die Angemessenheit der multilateralen Reaktion gegenüber der Ukraine und betonte, dass „ein Veto den globalen Konsens nicht aufhalten wird“ und riet dem Land, stark zu bleiben.

(53) NOA FURMAN (**Israel**) sagte, ihr Land habe viele Kriege erlebt und wisse aus erster Hand, dass Krieg kein Mittel zur Lösung von Konflikten sei. Der russische Angriff auf die Ukraine sei ein schwerer Verstoß gegen die internationale Ordnung. Sie verurteilte dies und forderte die Russische Föderation auf, „die Aufrufe der internationalen Gemeinschaft zu beherzigen“, den Angriff einzustellen und die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine zu respektieren. Angesichts seiner engen Beziehungen zu beiden Ländern ist Israel bereit, auf Wunsch zu den diplomatischen Bemühungen beizutragen. Sie äußerte sich besorgt über die wachsende humanitäre Krise und erklärte, dass ihr Land der ukrainischen Bevölkerung humanitäre Hilfe in

Form von medizinischen Hilfsgütern, Wasseraufbereitungssystemen, Notfallsatz für die Wasserversorgung und Winterausrüstung zur Verfügung stellen werde. Sie erinnerte dabei an die Worte des Propheten Jesaja: „Kein Volk wird mehr das Schwert gegen ein anderes Volk erheben, und sie werden nicht mehr lernen, Krieg zu führen“.

(54) ELISENDA VIVES BALMAÑA (**Andorra**) schloss sich der Europäischen Union an und erklärte, dass die Achtung des Völkerrechts im Einklang mit der Gründungscharta im Mittelpunkt aller Staaten stehen müsse, ob groß oder klein. Unter Hinweis auf diese und andere Grundsätze hatte Andorra den Resolutionsentwurf zur Beendigung der Gewalt in der Ukraine mitgetragen, der am 25. Februar im Sicherheitsrat mit einem Veto abgelehnt worden war. Der Rat hat in der Tat seine Pflicht nicht erfüllt, so dass die Generalversammlung nun ihrer Verantwortung für die Gewährleistung von Frieden und Sicherheit gerecht werden muss. In diesem Sinne forderte sie alle Staaten auf, für den Resolutionsentwurf der Versammlung zu stimmen, den Andorra mit eingebracht hat. Es gibt keine Alternative zur Diplomatie“, erklärte sie, brachte ihre ernste Besorgnis über die derzeitige Situation zum Ausdruck und forderte alle Parteien auf, von Handlungen Abstand zu nehmen, die gegen die Charta verstoßen. Die Parteien müssen alle zur Verfügung stehenden Mittel nutzen, um den Konflikt zu lösen, sagte sie und fügte hinzu: „Es liegt in unserer Verantwortung, die Spannungen abzubauen und das Leid der Bevölkerung zu lindern“. Sie lobte die Bemühungen zur Unterstützung der Bevölkerung und erklärte, dass Andorra einen Beitrag zum Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) leisten werde.

(55) KACOU HOUADJA LÉON ADOM (**Elfenbeinküste**) erklärte, seine Delegation werde für den Resolutionsentwurf stimmen, da der Ukraine inmitten der Pandemie diese unannehmbare Krise aufgezwungen worden sei. Damit will Côte d'Ivoire sein Engagement für die Unabhängigkeit der Staaten und die friedliche Beilegung von Streitigkeiten zum Ausdruck bringen. Es gelte gewiss, dass Macht nicht Recht setze, sagte er. Viele Bemühungen - auch im Rahmen der Vereinten Nationen - haben nicht dazu beigetragen, die Welt vor einem weiteren Konflikt hoher Intensität zu bewahren, sagte er und äußerte seine ernste Besorgnis über den anhaltenden Konflikt. Er forderte die Parteien auf, einen Waffenstillstand einzuhalten und dem Dialog eine Chance zu geben, und sagte, es müsse alles getan werden, um diesen Krieg zu beenden. Er appellierte an die Parteien, das humanitäre Recht zu respektieren, und appellierte an die internationale Gemeinschaft, die notwendigen Ressourcen zu mobilisieren, um die Bedürfnisse der notleidenden Bevölkerung zu erfüllen. Er äußerte sich besorgt über Berichte, wonach die Bürger der Elfenbeinküste rassistisch motivierten Behandlungen und Schikanen ausgesetzt sind, und forderte, dass die betroffenen Länder Toleranz und Respekt zeigen, falls dies zutreffe.

(56) GHEORGHE LEUCĂ (**Republik Moldau**), der sich der Europäischen Union anschließt, verurteilt die Kriegshandlungen der Russischen Föderation gegen die Ukraine. Dieser hat innerhalb von sechs Tagen eine schwere humanitäre Krise in der Region ausgelöst, von der auch die Nachbarländer, darunter sein Heimatland, betroffen sind. Seit Beginn der Feindseligkeiten seien etwa 95.000 Flüchtlinge aus der Ukraine in die Republik Moldau gekommen, wobei es sich in der Mehrzahl um Frauen, Kinder und ältere Menschen handele, sagte er. „Um diese Zahl in die richtige Perspektive zu rücken, würde ein solcher Zustrom angesichts der unterschiedlichen Bevölkerungsgrößen etwa 2 Millionen Flüchtlingen entsprechen, die in nur fünf Tagen in ein Land mit der Bevölkerungszahl Deutschlands einreisen“, sagte er. Mehr als die Hälfte von ihnen habe sich entschieden zu bleiben. Sein Land tue sein Bestes, um mit dieser Situation fertig zu werden, brauche aber die Unterstützung seiner Partner. In den kommenden Tagen wird der Hohe Flüchtlingskommissar

der Vereinten Nationen der Republik Moldau einen Besuch abstatten, um zu erörtern, wie man wirksam auf die humanitäre Krise reagieren kann. „Moldawien wird auch weiterhin seine Grenzen für diejenigen offen halten, die Zuflucht suchen“, sagte er.

(57) AMRIT BAHADUR RAI (**Nepal**) rief alle Parteien in der Ukraine dazu auf, größtmögliche Zurückhaltung zu üben und die Spannungen unverzüglich zu deeskalieren. Er äußerte sich besorgt über die Sicherheit der nepalesischen Staatsangehörigen, die sich derzeit im Land aufhalten, und forderte alle Beteiligten auf, ihnen die sichere Ausreise zu ermöglichen, und warnte davor, dass Gewalt nur zu weiterer Gewalt führe. „Machen Sie keinen Fehler, es gibt keine Alternative zum Weg des Friedens“, betonte er und forderte die Parteien auf, den Weg der Diplomatie und des Dialogs zu beschreiten und so bald wie möglich eine politische Lösung zu finden. Er verwies auf die in der Charta verankerten Grundsätze der Souveränität und der territorialen Integrität und erklärte, dass Nepal jede Androhung oder Anwendung von Gewalt gegen einen Staat „unter jedem Vorwand und unter allen Umständen“ ablehne.

(58) KEISHA ANIYA MCGUIRE (**Grenada**) schloss sich der Erklärung der Karibischen Gemeinschaft vom 24. Februar und der Erklärung der Organisation Ostkaribischer Staaten vom 26. Februar an und verurteilte den Angriff der Russischen Föderation auf das ukrainische Volk sowie den Angriff auf die Grundsätze der Achtung der Souveränität und der territorialen Integrität aller Staaten und auf die Bestimmungen des internationalen Friedens und der Stabilität, wie sie in der Charta verankert sind. Die Rechtsstaatlichkeit ist nicht nur eine Priorität, sondern auch existenziell für viele kleine Staaten, die kein Militär haben, wie z.B. Grenada, das als einziger Schutzschild gegen Einmischung und/oder Angriffe von außen dient. Sie forderte ein sofortiges Ende der Feindseligkeiten und wiederholte den Aufruf der Karibischen Gemeinschaft zu einem verstärkten diplomatischen Dialog, um die Feindseligkeiten unverzüglich zu deeskalieren und auf einen dauerhaften Frieden hinzuarbeiten“. Sie lobte die Nachbarländer, die den Opfern dieser Feindseligkeiten Zuflucht gewähren, und rief zur strikten Einhaltung des humanitären internationalen Rechts auf, einschließlich der ungehinderten Durchreise für alle Konfliktflüchtlinge. Sie zeigte sich besorgt über Berichte über die ungleiche Behandlung afrikanischer Staatsangehöriger an der ukrainischen Grenze, die auf ihrer verzweifelten Suche nach Sicherheit auf Hindernisse stoßen, und forderte alle Staaten auf, ihren internationalen Verpflichtungen nachzukommen.

(59) SVEN ALKALAJ (**Bosnien und Herzegowina**), der sich der Europäischen Union anschloss, erinnerte an die Aggression, unter der sein Land zu leiden hatte, in dem vor drei Jahrzehnten ein Völkermord begangen wurde, und stellte fest, dass die sich entwickelnde Situation in der Ukraine „schrecklichen Nachhall bei uns findet und sehr nahe bei uns ist“. Er appellierte an beide Konfliktparteien, das humanitäre internationale Recht zu achten und den ungehinderten und dauerhaften Zugang der humanitären Akteure zu allen Menschen in Not zu gewährleisten. Bosnien und Herzegowina bleibe der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine verpflichtet, sagte er und betonte, dass die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats eine besondere Verantwortung für die Einhaltung der Charta hätten. Er rief alle internationalen Organisationen, insbesondere die internationalen Gerichtshöfe, dazu auf, die Entwicklungen vor Ort genau zu beobachten und etwaige Verstöße gegen das internationale Recht, einschließlich des humanitären internationalen Rechts, zu bewerten. Der Sicherheitsrat, der die Pflicht und die allgemeinen Befugnisse zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit hat, hat in diesem Fall leider bisher versagt. Nichtsdestotrotz müssen Friedensverhandlungen weiterhin das Ziel sein, das über jeder militärischen Lösung der Krise steht. Er

bekräftigt, dass Bosnien und Herzegowina für die Resolution gestimmt hat und fordert alle anderen Mitgliedstaaten auf, dies ebenfalls zu tun.

(60) CHO HYUN (**Republik Korea**) erklärte, die Versammlung sei „in einer der dunkelsten Zeiten der jüngsten Geschichte“ zusammengekommen. Dieser Krieg sei eine Entscheidung der Russischen Föderation, die nicht stattgefunden hätte, wenn sie auf die Aufrufe der internationalen Gemeinschaft gehört hätte. Er forderte das Land auf, seine Offensive gegen die Ukraine einzustellen, seine Streitkräfte unverzüglich abziehen und seine Entscheidung über den Status der Regionen Donezk und Luhansk unverzüglich rückgängig zu machen. Er äußerte sich sehr besorgt über die humanitäre Lage und erklärte, dass seine Regierung ihre Hilfe für die Ukraine weiter aufstocken werde. Er wies darauf hin, dass die Republik Korea das erste Land war, dem die Vereinten Nationen im Rahmen der Resolution „Einheit für den Frieden“, die die Grundlage für die heutige Sonder-sitzung bildet, als Reaktion auf einen Angriffsakt geholfen haben. „Mein Land existiert heute noch, weil die Völker der Vereinten Nationen damals sofort auf die Schreie der Unschuldigen reagierten“, erklärte er. „Deshalb betrachte meine Delegation die Situation in der Ukraine nicht als eine weit entfernte Tragödie“. In diesem Sinne versucht die Republik Korea, die Hoffnung auf das System der Organisation und die Verpflichtung ihrer Mitgliedstaaten zur Wahrung der Grundsätze der Charta aufrechtzuerhalten, indem sie sich entschlossen gegen diesen Akt der Aggression stellt.

(61) DENNIS FRANCIS (**Trinidad und Tobago**) erklärte, die Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen sei eine feierliche Verpflichtung, die auf Regeln basierte Ordnung als Grundlage des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit zu fördern, zu unterstützen und sich dafür einzusetzen, sie zu erhalten und zu stärken. Es ist nicht legitim, diese Verpflichtung nach Belieben zu missachten oder zu verwerfen, als sei sie eine Frage der Bequemlichkeit. Er sagte: „Es ist eine Verpflichtung, die wir alle als Mitgliedstaaten respektieren und bedingungslos einhalten müssen.“ Die Verletzung des ukrainischen Hoheitsgebiets stellt eine echte Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit dar und schafft einen gefährlichen Präzedenzfall, der den lebenswichtigen Sicherheitsinteressen kleiner Staaten wie Trinidad und Tobago zuwiderläuft, die solche ungeheuerlichen Verletzungen der Charta und des Völkerrechts niemals als legitim oder entschuldigbar akzeptieren werden. Sein Land und andere kleine Staaten, die über keine militärischen Arsenale verfügen, stützen sich auf solche Gesetze und Grundsätze, um ihre Existenz als souveräne, unabhängige Nationen zu gewährleisten, sagte er: „Für uns besteht unsere Rüstung in den in der Charta verankerten Grundsätzen und in der universellen und bedingungslosen Akzeptanz der grundlegenden Lehren des internationalen Rechts durch alle Mitglieder der internationalen Gemeinschaft.“ Er verurteilte die anhaltende Gewalt und forderte die Russische Föderation auf, ihre Truppen zurückzuziehen und aufrichtig auf den Weg des Dialogs und der Diplomatie zurückzukehren. Die laufenden Gespräche gäben Hoffnung auf eine Deeskalation und verdienen Aufmerksamkeit und Unterstützung. Die Ankündigung des Internationalen Strafgerichtshofs, Ermittlungen wegen mutmaßlicher Kriegsverbrechen einzuleiten, sei ein wichtiges Anliegen. Er forderte beide Parteien auf, ihre Verpflichtungen aus den internationalen Menschenrechtsnormen und dem humanitären internationalen Recht zu respektieren und einzuhalten.

(62) SAMUEL MONCADA (**Venezuela**) erklärte, seine Delegation habe für die Resolution 2202 (2015) gestimmt. Leider wurden die Minsker Vereinbarungen nach sieben Jahren der Verstöße innerhalb der Ukraine zunichte gemacht, was die internationale Kluft vergrößerte - auch durch den wachsenden Druck von außen durch eine sich ständig erweiternde NATO, mit zer-

störerischen Auswirkungen auf die Sicherheitsarchitektur, insbesondere für die Russische Föderation. Was als gewaltsame nationale Spaltung begann, ist zu einer regionalen militärischen Krise eskaliert und steuert gefährlich auf die dritte Stufe zu: eine Eskalation zwischen vier Atommächten, mit einer Wirtschaftsblockade gegen eine davon, die zu einer internationalen Krise führen könnte. Sicherheit muss für alle beteiligten Parteien das Vorrangige sein, um den derzeitigen Weg zu korrigieren und „den Punkt ohne Rückkehr zu vermeiden“. Er bekräftigte, dass die Vereinten Nationen die einzige Institution in der Welt seien, die über die erforderlichen Kapazitäten, Erfahrungen und Instrumente verfüge, um Streitigkeiten auf dieser Ebene friedlich beizulegen. Er lehnte die Durchführung einseitiger Maßnahmen und Vergeltungsmaßnahmen ab, die die Spannungen verschärfen und den Konflikt verlängern würden, und verurteilte eine absichtlich herbeigeführte Krise, die eine Atommacht destabilisieren soll. „Dies ist nicht der Weg zum Frieden“, betonte er, da die Sicherheit eines Landes nicht die eines anderen Landes gefährden darf. Da die NATO nicht weiter expandieren und den Planeten destabilisieren dürfe, forderte er direkte Gespräche auf Augenhöhe zwischen der Russischen Föderation und dieser Organisation. Er rief dazu auf, die Kriegspropaganda zu beenden, um „eine Kettenreaktion zu vermeiden, die uns sinnlos in den Abgrund führen wird“.

(63) HOANG GIANG DANG (**Vietnam**) erinnerte an die Geschichte seines Landes, in der es immer wieder zu Kriegen kam, und betonte, dass die heutigen Konflikte auf „veraltete Doktrinen der Machtpolitik, das Streben nach Vorherrschaft und die Anwendung von Gewalt bei der Beilegung internationaler Streitigkeiten“ zurückzuführen seien. Vietnam wisse aus erster Hand, dass ein einmal ausgebrochener Krieg nur endloses Leid verursache. Vor diesem Hintergrund unterstrich er die Bedeutung der Achtung des internationalen Rechts und der Charta der Vereinten Nationen und betonte, dass alle internationalen Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln beigelegt werden müssen. Alle Staaten - große wie kleine - müssen sich an die Grundprinzipien der souveränen Gleichheit, der Achtung der politischen Unabhängigkeit und territorialen Integrität der Staaten, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten und des Verzehrs auf die Androhung oder Anwendung von Gewalt halten. Er brachte seine Besorgnis über den anhaltenden bewaffneten Konflikt in der Ukraine - einem souveränen Mitgliedstaat - zum Ausdruck und rief alle betroffenen Parteien auf, die Spannungen abzubauen und den Dialog über alle Kanäle wieder aufzunehmen, um eine Lösung zu finden, die den Anliegen aller Parteien Rechnung trägt.

(64) MARÍA DEL CARMEN SQUEFF (**Argentinien**) wies darauf hin, dass die heutige Sitzung dazu diene, die Gründungsprinzipien der Vereinten Nationen zu verteidigen, und betonte, dass „die Situation in der Ukraine nicht beiseite geschoben werden kann“. Sie verurteilte die Invasion in der Ukraine und forderte die Russische Föderation auf, ihre unrechtmäßige Gewaltanwendung und ihre militärischen Operationen auf ukrainischem Gebiet unverzüglich einzustellen. Sie erinnerte an die besorgniserregende Botschaft des Generalsekretärs in Bezug auf die Entscheidung der Russischen Föderation, ihre Nuklearstreitkräfte in Alarmbereitschaft zu versetzen, und wies auf die klaren Grundsätze hin, die für Massenvernichtungswaffen gelten. Während Argentinien die friedliche Nutzung der Kernenergie verteidigt, muss die internationale Gemeinschaft auf die „vollständige Zerstörung einer Waffe hinarbeiten, die den Planeten mit der totalen Vernichtung bedroht“. Sie betonte weiter, dass kein Landerwerb als rechtmäßig anerkannt werden kann, wenn er durch die Androhung oder Anwendung von Gewalt erfolgt - dies ist eine logische Folge der Achtung der Souveränität und der territorialen Integrität. Sie fügte hinzu, dass das Völkerrecht allgemeine, von der internationalen Gemeinschaft anerkannte Grundsätze enthalte und dass die Staaten „nicht den Luxus ha-

ben, zu entscheiden, wann sie anwendbar sind und wann nicht“.

(65) ANTJE LEENDERTSE, DAS WAR ANNA-LENA!! Bundesministerin des Auswärtigen **Deutschlands**, erinnerte an die Geburt eines Mädchens namens Mia vor einigen Tagen inmitten von Raketenangriffen und Angst und sagte, die Aktionen der Russischen Föderation seien der Grund für die derzeitige Situation. Bei der Abstimmung über den Entschließungsentwurf der Versammlung geht es um Mia. Sie wies darauf hin, dass sie selbst inmitten von Frieden und Sicherheit in Europa aufgewachsen sei und erinnerte daran, dass es Nazi-Deutschland war, das den brutalen Zweiten Weltkrieg begann, der zur Gründung der Vereinten Nationen führte, deren Ziel es war, dass sie und künftige Generationen in Frieden leben können. Die Russische Föderation hat diese Ordnung brutal angegriffen. In diesem Krieg geht es um die Ukraine und „es geht um uns alle“, der den Beginn eines neuen Zeitalters markiert. Heute gebe es eine neue Realität, die Präsident Putin der Welt aufgezwungen hat. Dieser Angriffskrieg beruhe auf Lügen, die der russische Außenminister Sergej Lawrow heute vor dem Menschenrechtsrat wiederholt hat, sagte sie und antwortete auf seine Behauptungen zur Selbstverteidigung mit den Worten: „Die ganze Welt sieht zu, wie Sie die Häuser russischsprachiger Ukrainer bombardieren [...] und Ihre Panzer bringen kein Wasser, sondern Tod und Zerstörung; Sie nutzen Ihre Macht als ständiges Mitglied des Sicherheitsrates; Sie können sich selbst täuschen, aber Sie werden weder uns noch Ihr eigenes Volk täuschen.“ Sie sagte, dass der Krieg der Russischen Föderation eine neue Realität darstellte, die alle Staaten dazu zwingt, klare Entscheidungen zu treffen und sich auf eine Seite zu stellen. Deutschland verstärkt seine Unterstützung und stellt Lebensmittel, Hilfsgüter und Unterkünfte für die Flüchtlinge bereit. Mit Blick auf Gerüchte, dass Menschen afrikanischer Abstammung, die aus der Ukraine fliehen, an den Grenzen der Europäischen Union diskriminiert werden, erinnerte sie an ihren jüngsten Besuch in Polen, bei dem sie deutlich gemacht hatte, dass jeder Flüchtling unabhängig von seiner Nationalität, Herkunft oder Hautfarbe Schutz erhalten muss. Deutschland hat außerdem beschlossen, die Ukraine im Einklang mit Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen militärisch zu unterstützen, um sich selbst zu schützen. Deutschland ist sich seiner historischen Verantwortung zutiefst bewusst und wird sich immer für die Diplomatie und die Suche nach friedlichen Lösungen einsetzen. Aber wenn friedliche Ordnungen angegriffen werden, „müssen wir verantwortungsvoll handeln und uns gemeinsam für den Frieden einsetzen“, sagte sie: „Jetzt müssen wir uns alle entscheiden zwischen Frieden und Aggression, zwischen Gerechtigkeit und dem Willen des Stärksten, zwischen Handeln und Wegsehen“, sagte sie und forderte alle Staaten auf, für den Resolutionsentwurf zu stimmen. Wenn die Mitgliedstaaten ihre Stimme abgeben haben, müsse jeder nach Hause gehen, seinen Angehörigen in die Augen sehen und ihnen sagen, welche Entscheidung er getroffen hat.

(66) SURIYA CHINDAWONGSE (**Thailand**) verurteilte den anhaltenden Konflikt und sagte, seine Delegation werde alles tun, um den ukrainischen Bürgern zu helfen. Thailand bleibt den Grundsätzen des internationalen Rechts verpflichtet, einschließlich des Verzehrs auf die Anwendung von Gewalt gegen einen anderen Staat. Er rief zur Einstellung der Feindseligkeiten auf und sagte, dass die anhaltende Gewalt weitreichende Folgen für die ganze Welt haben werde. Er rief erneut zum Dialog auf und sagte, dass eine nachhaltige Lösung im Rahmen der Vereinten Nationen und der bestehenden Mechanismen gefunden werden müsse. Er begrüßte die Friedensgespräche und erklärte, dass Thailand davon überzeugt sei, dass der Weg des Friedens, der Versöhnung und der guten Nachbarschaft sich letztendlich durchsetzen werde.

(67) ABDOU ABARRY (**Niger**) sagte, dass die Vereinten Nationen 1945 in San Francisco nach den Schrecken des Zweiten Sofonias Theuß (rechts) 1901 in Peking. Foto: Feilerseiten.de

Weltkriegs gegründet wurden, um zukünftige Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren. Die Situation in der Ukraine gefährdet den Konsens von San Francisco und ist ein Test für die Funktionsfähigkeit des Systems. „Die Anwendung von Gewalt durch die Russische Föderation ist ein Akt, den Niger verurteilt“, sagte er und betonte, dass sein Land für die Resolution stimmen werde. Der Sicherheitsrat war nicht in der Lage zu handeln, weil eines seiner Mitglieder sein Veto eingelegt hat. Angesichts dieser Aggression gegen die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine sollte die internationale Gemeinschaft alles tun, um den Frieden um jeden Preis zu retten. Der Frieden in dieser Region muss über den Nichtangriffspakt - dessen Grenzen jetzt erkennbar sind - hinausgehen und zu einem echten Pakt aller Staaten werden. Er begrüßte die Aufnahme eines Dialogs zwischen den Parteien und betonte, dass sie alles tun sollten, um der Zivilbevölkerung unnötiges Leid zu ersparen. Die guten Dienste des Generalsekretärs würden einen unschätzbaren Beitrag zu diesem Prozess leisten, sagte er.

((68) JAIME HERMIDA CASTILLO (**Nicaragua**) bekräftigte sein Engagement für die Souveränität und territoriale Integrität aller Länder. Die Mitgliedstaaten müssen sich an die Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen halten, sagte er und stellte fest, dass dies für alle Staaten gleichermaßen gelte. Seine Regierung ist der Ansicht, dass Verhandlungen zwischen den beiden Parteien von entscheidender Bedeutung sind, um die diplomatischen Bemühungen zu verstärken und Frieden und Sicherheit zu gewährleisten. Die NATO habe darauf bestanden, die von der Russischen Föderation nach der Auflösung der Sowjetunion übernommenen Vereinbarungen nicht zu beachten. Er lehnt die Anwendung einseitiger Maßnahmen wie politischer oder wirtschaftlicher Sanktionen ab, einschließlich derjenigen, die von den Vereinigten Staaten und der NATO gegen die Russische Föderation verhängt wurden, als diese Waffen in die Ukraine schickte. Alles, was diese Eskalation bewirkt, ist, den Krieg anzuhetzen und Tod, Tote und die Abwanderung von Familien zu verursachen. Eine Welt des Friedens wird nicht durch eine Politik der doppelten Standards geschaffen werden, sondern durch diplomatische Bemühungen und Lösungen.

(69) ION JINGA (**Rumänien**), der sich der Europäischen Union anschloss, sagte, die ganze Welt sei durch das Vorgehen der Russischen Föderation in der Ukraine sowie durch ihre Entscheidung, ihr Atomwaffenarsenal in höchste Alarmbereitschaft zu versetzen, bedroht. Rumänien steht an der Seite des ukrainischen Volkes, auch durch die Aufnahme derjenigen, die über die Grenzen fliehen, und verurteilt aufs Schärfste das unverantwortliche Verhalten Moskaus, das gegen seine Verpflichtungen aus der Charta verstößt. Moskau muss seine Gewaltanwendung einstellen und alle seine Streitkräfte unverzüglich und bedingungslos aus dem Gebiet der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen abziehen. Rumänien unterstützt auch das ehrgeizige Paket erweiterter Sanktionen, das von vielen Staaten gegen Moskau verhängt wurde, einschließlich der Sperrung des Luftraums der Europäischen Union für Flugzeuge der Russischen Föderation und der Bereitstellung von Hilfe zur Stärkung der militärischen Kapazitäten der Ukraine, sagte er.

(70) DRAGANA ŠĆEPANOVIĆ (**Montenegro**), die sich der Europäischen Union anschloss, erklärte, die Versammlung trete als Reaktion auf die flagrante Verletzung der Charta, des Völkerrechts und der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine durch die Russische Föderation zusammen. Diese ungegerechtfertigte und nicht-provozierte militärische Aggression gefährdet Millionen von Menschenleben und stellt eine eindeutige und aktuelle Bedrohung für Frieden und Sicherheit in Europa und darüber hinaus dar. Sie verurteilte diese Handlungen, forderte deren sofortige Beendigung und verlangte auch ein Ende der gefährlichen Rhetorik, die nur zu einer weiteren Eskalation führen kann und das Risiko einer katastrophalen Fehlkalkulation

on erhöht. Bedauerlicherweise ist der Sicherheitsrat seiner Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit nicht gerecht geworden, da ein ständiges Mitglied in der vergangenen Woche sein Veto eingelegt hat. Sie bekräftigte, dass die Krise nur auf diplomatischem Wege gelöst werden könne, und rief alle internationalen Akteure dazu auf, der Wahrung von Stabilität und Sicherheit auf dem westlichen Balkan besondere Aufmerksamkeit zu schenken, einer Region, die europäische und euro-atlantische Werte und Prinzipien hochhält.

(71) DAMIANO BELEFFI (**San Marino**) schloss sich der Europäischen Union an und forderte die Parteien auf, den Krieg in der Ukraine, der den internationalen Frieden und die Sicherheit weltweit gefährdet, unverzüglich zu beenden. Er bekräftigte die Unterstützung seines Landes für die Souveränität, die territoriale Integrität, die Einheit und die Unabhängigkeit der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen und forderte eine Rückkehr zum Dialog, der zu einer Verhandlungslösung führen soll. Er wies darauf hin, dass San Marino traditionell nur die vom Sicherheitsrat gebilligten Sanktionen beschließt und umsetzt, und erklärte, dass die Regierung am 28. Februar ein Gesetzgebungsverfahren eingeleitet habe, um angesichts der ernsten Lage in der Ukraine die Verabschiedung weiterer Sanktionen zu ermöglichen. Er wies auch auf die dringende Notwendigkeit humanitärer Hilfe hin, bedauerte und verurteilte die Angriffe auf die zivile Infrastruktur und forderte die Parteien auf, das humanitäre Völkerrecht und die Menschenrechte strikt einzuhalten. Vor diesem Hintergrund hat San Marino den der Versammlung vorliegenden Resolutionsentwurf mit eingebracht und wird aus Solidarität mit dem ukrainischen Volk für ihn stimmen.

(72) ANDREAS HADJICHRYSANTHOU (**Zypern**), der sich der Europäischen Union anschloss, verurteilte die Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine und erklärte, die Anwendung von Gewalt sei „eine Ablehnung der Grundsätze, zu deren Einhaltung sich jedes Land in diesem Saal verpflichtet hat“. Als kleiner Staat, der sich für seine Sicherheit auf eine globale, auf Regeln basierende Ordnung stützt, ist Zypern besorgt über die Wirksamkeit dieses kollektiven Systems. Er bedauerte das menschliche Leid, den Verlust von Menschenleben und die massiven Vertreibungen, die durch die Feindseligkeiten verursacht wurden - „eine Folge des Krieges, die Zypern nun schon seit fast 50 Jahren nur zu gut kennt“. Er forderte einen sofortigen Waffenstillstand und den Abzug der russischen Streitkräfte und äußerte sich außerdem tief besorgt über das derzeitige Ausmaß der nuklearen Bedrohung: „Mit Atomwaffen gibt es keine Sieger, sondern nur Opfer.“ Er wies darauf hin, dass Zypern selbst Opfer einer ausländischen Invasion und anhaltenden Besatzung sei und die Situation in der Ukraine eine eklatante Verletzung des internationalen Rechts darstelle: „Es gibt nur einen Ausweg: Diplomatie, nicht Krieg.“

(73) FRANCISCO DUARTE LOPES (**Portugal**), der sich der Europäischen Union anschloss, verurteilte nachdrücklich die nicht-provozierte Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine, die ihre Streitkräfte unverzüglich abziehen müsse. Er brachte sein Bedauern über den Verlust von Menschenleben und das zunehmende menschliche Leid zum Ausdruck, da immer mehr Binnenvertriebene und Flüchtlinge auf Hilfe angewiesen sind. Er würdigte die Großzügigkeit und Solidarität Polens, der Slowakei, Ungarns, Rumäniens und der Republik Moldau bei der Aufnahme und Unterstützung von Menschen, die vor der Geißel des Krieges fliehen, und bekräftigte die Bereitschaft Portugals, Ukrainer aufzunehmen, die ihr Leben in seinem Land fortsetzen wollen. Der Resolutionsentwurf sei ein zeitgemäßer und notwendiger Schritt, der durch die zunehmend schwierige Lage der Ukraine gerechtfertigt sei, und ermutigte die Mitgliedstaaten, dafür zu stimmen. Er zitierte den General-

sekretär und forderte die Russische Föderation auf, ihre Militäroffensive aufzugeben und sich konstruktiv an den Verhandlungen mit der Ukraine zu beteiligen: „Es ist nie zu spät, in gutem Glauben Verhandlungen aufzunehmen und alle Fragen friedlich zu lösen“.

(74) KIM SONG (**Demokratische Volksrepublik Korea**) erklärte, dass die Ursache der Ukraine-Krise in der Hegemonialpolitik der Vereinigten Staaten und des Westens liege, die sich „gegenüber anderen Ländern in Selbstherrlichkeit und Willkür ergehen“. Diese Staaten haben das europäische Sicherheitsumfeld systematisch untergraben, indem sie die berechtigten Forderungen der Russischen Föderation nach rechtlichen Sicherheitsgarantien missachteten und die Osterweiterung der NATO vorantrieben. Unter Hinweis auf die Verletzung der Souveränität und territorialen Integrität des Irak, Afghanistans und Libyens durch die Vereinigten Staaten und den Westen unter dem Vorwand des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit sagte er, es sei „absurd“, dass diese Länder im Zusammenhang mit der Situation in der Ukraine von der Achtung der Souveränität und territorialen Integrität sprächen. Es sei bezeichnend für die gegenwärtige internationale Ordnung, dass in jeder Region, in der die Vereinigten Staaten intervenieren, „die Saat der Zwietracht gesät wird“, und er fügte hinzu, die Realität beweise einmal mehr, dass sich der Frieden in der Welt niemals einstellen werde, solange die Vereinigten Staaten ihre „einseitige und doppelzüngige Politik“ fortsetzten.

(75) NGOSA SIMBYAKULA (**Sambia**) äußerte sich besorgt über die sich verschlechternde Lage in der Ukraine und forderte eine sofortige Einstellung der Feindseligkeiten und die Suche nach einer friedlichen Lösung des aktuellen Konflikts durch die beiden betroffenen Parteien. „Die militärische Aggression der Russischen Föderation in der Ukraine ist bedauerlich und sollte beendet werden“, fügte er hinzu. Er begrüßte das jüngste Treffen zwischen der russischen und der ukrainischen Delegation als einen „Schritt in die richtige Richtung“ und betonte, dass alle internationalen Akteure verpflichtet seien, das internationale Recht zu achten und die Charta der Vereinten Nationen zu wahren. Er rief die Russische Föderation und die Ukraine dazu auf, einen sofortigen Waffenstillstand im Einklang mit dem internationalen Recht zu vereinbaren, und betonte, dass beide Parteien weitere Vertreibungen oder Verluste von Menschenleben und Eigentum in der Ukraine verhindern müssen. Sambia werde seinerseits den Resolutionsentwurf unterstützen, erklärte er.

(76) MD MONWAR HOSSAIN (**Bangladesch**) bekräftigte seine Unterstützung für die in der Charta verankerten Grundsätze der Souveränität und territorialen Integrität und rief alle Akteure zur Zurückhaltung auf. Er bekundete seine volle Unterstützung und sein Vertrauen in die guten Dienste des Generalsekretärs und forderte ihn auf, die Parteien dringend in einen Dialog zu verwickeln, wobei er die Notwendigkeit unterstrich, den sicheren und ungehinderten Zugang für humanitäre Hilfe zu erleichtern und allen Personen, die die Ukraine verlassen wollen, eine sichere Durchreise zu ermöglichen.

(77) DUSHKO UZUNOVSKI (**Nordmazedonien**), der sich der Europäischen Union anschloss und die Unterstützung seines Landes für die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine bekräftigte, wies darauf hin, dass sein Land den der Versammlung vorliegenden Resolutionsentwurf mitgetragen hat. „Wir unterstützen den Text voll und ganz und jedes Wort darin“, sagte er und rief alle friedliebenden Nationen auf, dafür zu stimmen. Er bezeichnete die nicht-provozierte Aggression gegen die Ukraine als eklatanten Verstoß gegen das Völkerrecht und die in der Charta verankerten Grundsätze und verurteilte nachdrücklich die Entscheidung Moskaus, „den Weg des Krieges zu wählen“, der Verluste an Menschenleben und

verheerende Schäden an der Infrastruktur verursacht. Er äußerte seine große Besorgnis über die Ankündigung der Russischen Föderation, die nukleare Alarmstufe zu erhöhen, und über Angriffe auf Einrichtungen wie Kindergärten, Schulen und Krankenhäuser und forderte die Staaten auf, für den Resolutionsentwurf der Versammlung zu stimmen, indem er erklärte: „Heute lehnt die freie Welt die Akte der Aggression ab, und wir sollten uns geschlossen gegen dieses Unrecht stellen.“

(78) ODO TEVI (**Vanuatu**), der dem Pazifischen Inselforum angehört, erklärte, dass die Nichtverabschiedung der Resolution Ukraine-Russische Föderation durch den Sicherheitsrat die Unzulänglichkeiten dieses Organs offenbare. Mit ihrer universellen Mitgliedschaft - zu der auch kleine Staaten wie Vanuatu gehören - kann die Versammlung eine Perspektive für die Situation bieten und die Solidarität der Länder mit dem Volk und der Regierung der Ukraine zum Ausdruck bringen. „Als kleiner Staat verfügt Vanuatu weder über eine militärische Macht noch über Atomwaffen“, sagte er, aber das Land glaubt an die internationale Rechtsstaatlichkeit und das Recht auf Selbstbestimmung. Er forderte einen sicheren humanitären Zugang zu allen betroffenen Gebieten und fügte hinzu, dass auch das Recht auf Nahrung, Wasser, Unterkunft und Medizin gewährleistet und die Rechte von Minderheiten - einschließlich der Menschen afrikanischer Abstammung - geschützt werden müssten.

(79) ANTONIO RODRIGUE (**Haiti**) sagte, dass eines der Hauptziele der Vereinten Nationen die Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit sei. Dieses hehre Ziel sei nicht nur heute, sondern auch für künftige Generationen von besonderer Bedeutung. Die schmerzliche Situation, die sich in der Ukraine abspielt, sei äußerst besorgniserregend und stelle eine sehr ernste Bedrohung für den weltweiten Frieden, die Sicherheit und die Stabilität dar. Die Weltgemeinschaft müsse zusammenarbeiten, insbesondere nach der Entscheidung Moskaus, seine Atomwaffen in höchste Alarmbereitschaft zu versetzen. In einer Erklärung vom 23. Februar 2022 rief die Regierung von Haiti die betroffenen Parteien zur Zurückhaltung auf. Er appellierte an weitere diplomatische Bemühungen um eine friedliche Lösung und die Achtung der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine. Der Krieg habe in der Ukraine bereits Menschenleben gekostet und beträchtlichen Schaden angerichtet, sagte er und merkte an, dass Haiti für die Resolution stimmen werde.

(80) VILIAMI VA'INGA TŌNĒ (**Tonga**), der sich dem Forum der Pazifischen Inseln anschließt und seine Solidarität mit der Ukraine zum Ausdruck bringt, erklärt seine Unterstützung für den der Versammlung vorliegenden Resolutionsentwurf. Als kleiner Inselstaat, der versucht, sich von einer Naturkatastrophe zu erholen - nämlich dem beispiellosen Vulkanausbruch und dem Tsunami vom 15. Januar - weiß Tonga, wie es ist, mit Umständen konfrontiert zu sein, die sich der nationalen Kontrolle entziehen, wie es auch in der Ukraine der Fall ist. Er appellierte an die Partner dieses Landes, die Bevölkerung weiterhin zu unterstützen, und an die Mitgliedstaaten, die Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen zu wahren. Aus diesen Gründen hat Tonga den der Versammlung vorliegenden Resolutionsentwurf mitgetragen und wird für diesen Text stimmen, zur Unterstützung der Ukraine und gegen die Aggression der Russischen Föderation.

(81) VICTORIA LIETA LIOLOCHA (**Demokratische Republik Kongo**) erklärte, dass die Achtung der territorialen Integrität und Souveränität aller Länder durch alle Mitgliedstaaten ein grundlegendes Element für Frieden und internationale Sicherheit sei. „Dies ist eine goldene Regel - eine unantastbare Regel, die alle Mitglieder der Vereinten Nationen zu jeder Zeit und an jedem Ort respektieren müssen“, sagte sie. Aufgrund seiner eigenen Erfahrungen kann ihr Land die Verletzung der territori-

alen Souveränität und Integrität eines Mitgliedstaates und insbesondere der Ukraine in keiner Weise gutheißen. Sie lobte alle Bemühungen, die darauf abzielen, den Dialog zu fördern und den Weg zu diplomatischen Verhandlungen zu eröffnen, und sagte, dass der Weg der Deeskalation und die Wahl der Diplomatie eine wichtige Option bleibe, die geprüft werden sollte. Da die Auswirkungen der Situation das fragile Gleichgewicht in Osteuropa und darüber hinaus destabilisieren könnten, muss sich die internationale Gemeinschaft mit den humanitären und wirtschaftlichen Folgen befassen, die sich daraus ergeben könnten. Sie begrüßte die internationale Solidarität, die es den Nachbarländern der Ukraine ermöglicht hat, ihre Grenzen zu öffnen, die Vertriebenen aufzunehmen und die notwendige Hilfe zu leisten. „Wir wünschen uns diesen Ausdruck des Mitgefühls für die Vertriebenen ohne Diskriminierung“, sagte sie. Ihr Land schließt sich den Stimmen der im Saal vertretenen internationalen Gemeinschaft an, die zum Frieden aufrufen und die beiden Parteien auffordern, an den Verhandlungstisch zurückzukehren.

(82) NNAMDI OKECHUKWU NZE (Nigeria) erklärte, die Verletzung der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine oder einer anderen Nation, einschließlich einer illegalen Besetzung und Annexion, sei nicht hinnehmbar. Er wies auf die Folgen der Invasion für die Bevölkerung der Ukraine hin und betonte die Bedeutung direkter Gespräche zwischen den beteiligten Parteien sowie die Verantwortung aller Parteien für den Schutz der Zivilbevölkerung. Er forderte die Russische Föderation auf, alle Militäraktionen einzustellen und „zum Status quo zurückzukehren“. Außerdem rief er dazu auf, in gutem Glauben zu verhandeln, wobei die Vereinten Nationen eine wichtige Rolle spielen sollten. Länder, die Einfluss auf die Parteien haben, sollten ihre diplomatischen und damit verbundenen Bemühungen verdoppeln, um den Konflikt zu einem für beide Seiten zufriedenstellenden Ende zu bringen. Alle Handlungen, die die Souveränität und territoriale Integrität, wie sie im Völkerrecht anerkannt sind, bedrohen, müssen eingestellt werden.

(83) JOYKER NAYECK (**Mauritius**) wies darauf hin, dass sein kleiner Inselstaat zu den wenigen Ländern der Welt gehöre, die keine Armee besäßen, und brachte daher seine tiefe Besorgnis über die Entwicklung der Lage in der Ukraine zum Ausdruck. Er bedauerte den Verlust von Menschenleben, die Beschädigung der zivilen Infrastruktur und die wachsende Zahl von Binnenvertriebenen in der Region und bekräftigte, dass die Androhung oder Anwendung von Gewalt gegen die Souveränität, territoriale Integrität oder Unabhängigkeit eines Staates mit der Charta und den Grundsätzen der Vereinten Nationen unvereinbar sei, die mit dem unantastbaren Auftrag gegründet wurden, den Weltfrieden und die internationale Sicherheit aufrechtzuerhalten, und die sich gemeinsam darum bemühen müssen, dieses Jahrhundert frei vom Kreislauf der Gewalt zu halten. „Unabhängig davon, aus welchem Teil der Welt wir kommen, sind wir im Grunde alle die gleichen Menschen“, die versuchen, Frieden zu finden und Leid zu vermeiden, sagte er. Er beschrieb „ein entscheidendes Moment für unsere Organisation“ und rief zu Deeskalation, Dialog und Verhandlungen auf. „Lasst uns in unserer Entschlossenheit für einen dauerhaften Frieden vereint sein“, sagte er.

(84) TAREK LADEB (**Tunesien**) drückte sein Bedauern über die Auswirkungen der derzeitigen Situation auf Europa und die Welt aus. Er äußerte die Hoffnung, dass die internationale Gemeinschaft eine Lösung für die Krise finden wird, und rief alle Parteien dazu auf, einen Waffenstillstand zu erreichen und die Eskalation zu beenden. Es müssen mehr Anstrengungen für den Dialog und die konstruktive Arbeit an einer dauerhaften Lösung unternommen werden. Er wies darauf hin, dass die Minsker Vereinbarungen, die im Rahmen der Resolution 2202 (2015) des Sicherheitsrates angenommen wurden, weiterhin eine Möglichkeit zur Lösung des Problems darstellen, und rief dazu auf, sie zu

aktivieren. Er erinnerte daran, dass die Vereinten Nationen 1945 gegründet wurden, um künftige Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren, und bekräftigte seine Unterstützung für die Grundsätze der Charta, die für die Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit in der Welt unerlässlich sind.

(85) ALYA AHMED SAIF AL-THANI (**Katar**) wies darauf hin, dass der Resolutionsentwurf, der dieser Sitzung zugrunde liegt, sich auf die beiden Ziele der Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit und der Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Staaten bezieht, und betonte, dass alle Anstrengungen unternommen werden müssen, um diese Ziele zu erreichen. Sie forderte alle Parteien auf, Zurückhaltung zu üben und friedliche, diplomatische Mittel zur Lösung des Konflikts einzusetzen. Die Außenpolitik

Katars stützt sich auf die Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen, d.h. auf den Verzicht auf die Androhung oder Anwendung von Gewalt gegen die politische Unabhängigkeit und territoriale Integrität von Staaten. In diesem Sinne betonte sie die territoriale Integrität und Einheit der Ukraine innerhalb ihrer anerkannten Grenzen. Die derzeitige Krise müsse durch Verhandlungen im Rahmen des Völkerrechts und der Charta beigelegt werden, um den Anliegen aller Parteien gerecht zu werden. Sie appellierte an alle Parteien, ihren Verpflichtungen aus dem humanitären Völkerrecht nachzukommen und die sichere und ungehinderte Bereitstellung humanitärer Hilfe zu gewährleisten.

UKRAINE, Für Informationsmedien. Kein offizielles Protokoll

ERICHTERSTATTUNG ÜBER SITZUNGEN/ GA/12407 / 2. MÄRZ 2022 / PLENARSITZUNG DER GENERALVERSAMMLUNG

ELFTE NOTSTANDSSONDERTAGUNG, 5. UND 6. SITZUNG (VORMITTAGS UND NACHMITTAGS)

Generalversammlung nimmt mit überwältigender Mehrheit eine Resolution an, in der die Russische Föderation aufgefordert wird, die rechtswidrige Anwendung von Gewalt in der Ukraine unverzüglich zu beenden und alle Truppen abzuziehen.

(90) Die Mitgliedstaaten haben heute mit überwältigender Mehrheit eine Resolution angenommen, in der die Russische Föderation aufgefordert wird, ihre Invasion in der Ukraine unverzüglich zu beenden und alle ihre Streitkräfte bedingungslos aus dem Nachbarland abzuziehen, während die Generalversammlung ihre Dringlichkeitssitzung zur Krise fortsetzte.

(91) [Die Dringlichkeitssitzung - die elfte seit Gründung der Vereinten Nationen - wurde am 28. Februar eröffnet und trat weniger als 24 Stunden nach einer Abstimmung im Sicherheitsrat zusammen, nachdem dieser es versäumt hatte, eine Resolution zur Verurteilung der jüngsten Aktionen der Russischen Föderation in der Ukraine anzunehmen. Zu Einzelheiten siehe die Pressemitteilungen SC/14808 und SC/14809].

(92) Die Versammlung bedauerte auf das Schärfste die Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine, die gegen die Charta der Vereinten Nationen verstößt, und forderte die Russische Föderation auf, ihre Entscheidung vom 21. Februar über den Status bestimmter Gebiete in den ukrainischen Regionen Donezk und Luhansk unverzüglich und bedingungslos zurückzunehmen.

(93) Die Maßnahme wurde mit 141 Ja-Stimmen gegen 5 Nein-Stimmen (Weißrussland, Demokratische Volksrepublik Korea, Eritrea, Russische Föderation und Syrien) bei 35 Enthaltungen angenommen - eine klare Bekräftigung des Engagements der 193 Mitglieder zählenden Weltorganisation für die Souveränität, Unabhängigkeit, Einheit und territoriale Integrität der Ukraine.

(94) Die Versammlung forderte die Russische Föderation auf, ihre rechtswidrige Gewaltanwendung gegen die Ukraine unverzüglich einzustellen und von jeder weiteren Androhung oder Anwendung von Gewalt gegen einen Mitgliedstaat der Vereinten Nationen abzusehen; sie bedauerte auch die Beteiligung von Belarus an dieser rechtswidrigen Aktion und forderte dieses Land auf, seinen internationalen Verpflichtungen nachzukommen.

(95) Der Text forderte die sofortige friedliche Beilegung des Konflikts durch politischen Dialog, Verhandlungen, Vermitt-

lung und andere friedliche Mittel und rief die Parteien auf, sich an die Minsker Vereinbarungen zu halten und in den einschlägigen internationalen Gremien, einschließlich des Normandie-Formats und der Trilateralen Kontaktgruppe, konstruktiv auf deren vollständige Umsetzung hinzuwirken.

(96) Im Bereich der humanitären Hilfe forderte die Versammlung alle Parteien auf, eine sichere und ungehinderte Weiterreise zu Zielen außerhalb der Ukraine zu ermöglichen, den raschen und ungehinderten Zugang zu Hilfsbedürftigen im Land zu erleichtern und Zivilisten sowie medizinisches und humanitäres Personal zu schützen. Er forderte ferner, dass alle Parteien ihren Verpflichtungen nach dem humanitären Völkerrecht zur Schonung der Zivilbevölkerung und ziviler Objekte in vollem Umfang nachkommen, verurteilte alle diesbezüglichen Verstöße und forderte den Nothilfekoordinator der Vereinten Nationen auf, innerhalb von 30 Tagen einen Bericht über die humanitäre Lage in der Ukraine und die humanitären Maßnahmen vorzulegen.

(97) Der Vertreter der Ukraine, der die Resolution einbrachte, erklärte, dass sein Land seit fast einer Woche gegen Raketen und Bomben kämpft. Eine halbe Million Menschen sind auf der Flucht, da die Russische Föderation versucht, seinem Land das Existenzrecht zu entziehen und eine lange Liste von Kriegsverbrechen zu begehen. Das Ziel der Russischen Föderation ist nicht nur eine Besatzung, sondern ein Völkermord. „Das Böse braucht immer mehr Raum zur Eroberung“, wenn es toleriert wird, sagte er und fügte hinzu, dass der aktuelle Text ein Baustein sei, um dem Bösen ein Ende zu setzen.

(98) Der Sprecher der Russischen Föderation wies diese Behauptungen zurück und sagte: „Dieses Dokument wird uns nicht bewegen, militärische Aktivitäten zu beenden. Im Gegenteil, es könnte die Radikalen und Nationalisten in Kiew ermutigen, weiterhin die Politik ihres Landes um jeden Preis zu bestimmen.“ Nationalistische Bataillone planen Provokationen unter Beteiligung von Zivilisten, die dann sein Land beschuldigen würden, sie durchgeführt zu haben. Er bekräftigte, dass die Russische Föderation keine Angriffe auf zivile Einrichtungen oder Zivilisten durchführen werde, und forderte die internationale Gemeinschaft auf, „den zahlreichen im Internet verbreiteten Fälschungen keinen Glauben zu schenken“.

(99) Auch der Vertreter Syriens erklärte, der Entwurf stelle eindeutig eine voreingenommene Haltung dar, die auf politischer Propaganda beruhe, die durch politischen Druck angeheizt

werde. Mit der gegen die Russische Föderation gerichteten Sprache wird versucht, ihr Recht auf den Schutz ihrer Bevölkerung und ihre Sicherheitsinteressen zu schmälern. Hätten die Vereinigten Staaten und ihre westlichen Verbündeten es ernst gemeint, hätten sie ihre vor Jahrzehnten gemachten Versprechen, die Ukraine nicht in eine Bedrohung für die Russische Föderation zu verwandeln, erfüllt und die Ukraine daran gehindert, die Minsker Vereinbarungen nicht einzuhalten.

(100) Die Sprecherin der Vereinigten Staaten, die die Länder aufforderte, für den Entwurf zu stimmen, erklärte, ihr Land stehe an der Seite des ukrainischen Volkes und werde die Russische Föderation für ihr Handeln zur Rechenschaft ziehen. Trotz der mutigen Verteidigung der Ukraine hat das Land verheerende Folgen erlitten, und es wird erwartet, dass bis zu einer Million Menschen aus ihren Häusern fliehen müssen. Sie forderte die Russische Föderation auf, ihren nicht-provozierten Krieg zu beenden und Weißrussland aufzufordern, nicht länger zuzulassen, dass sein Territorium zur Erleichterung dieser Aggression genutzt wird.

(101) Die Vertreterin der Europäischen Union in ihrer Eigenschaft als Beobachterin fügte hinzu: „Hier geht es nicht nur um die Ukraine, hier geht es nicht nur um Europa, hier geht es um die Verteidigung einer internationalen Ordnung, die auf Regeln beruht. Es geht darum, ob wir uns für Panzer und Raketen oder für Dialog und Diplomatie entscheiden.“ Die heutige historische Abstimmung zeige deutlich die Isolation der Russischen Föderation vom Rest der internationalen Gemeinschaft, betonte sie.

(102) Der türkische Delegierte zeigte sich besorgt über den illegalen Akt der Aggression gegen ein Gründungsmitglied der Vereinten Nationen „durch ein ständiges Mitglied des Organs, das mit der Wahrung von Frieden und Sicherheit betraut ist“. Es sei noch nicht zu spät, um an den Verhandlungstisch zurückzukehren, sagte er und fügte hinzu, dass die Türkei „als Nachbar und Freund sowohl des russischen als auch des ukrainischen Volkes“ bereit sei, den Friedensprozess zu unterstützen.

(103) An der Debatte nahmen auch die Vertreter der Salomonen, Myanmars, Pakistans, Dschibutis, Bhutans, der Demokratischen Volksrepublik Laos, Kambodschas und Aserbaidschans sowie die ständigen Beobachter des Heiligen Stuhls und des Souveränen Malteserordens und ein Vertreter des Internationalen Instituts für Demokratie und Wahlhilfe teil.

Erklärungen

(104) NOEL MARTIN MATEA (**Salomonen**) betonte, dass die Intervention der Russischen Föderation in der Ukraine eine Verletzung der Rechtsstaatlichkeit darstellt, und forderte eine sofortige Deeskalation und die Wiederherstellung der Unabhängigkeit und territorialen Integrität der Ukraine. Er begrüßte die derzeit stattfindenden Gespräche und betonte die Notwendigkeit von Diplomatie und Dialog anstelle von Konfrontation und feindseligen Haltungen. Die Charta der Vereinten Nationen fordere „die offenen Hände der Freundschaft“ und nicht die geballten Fäuste, sagte er. Die Menschen in seinem Land wüssten, welche Folgen ein Weltkrieg haben könne, sagte er und betonte, dass die Welt eine solche Brutalität nicht noch einmal erleben dürfe. Die internationale Gemeinschaft sei bereits mit globalen Herausforderungen wie der COVID-19-Pandemie, dem Klimawandel und dem Anstieg des Meeresspiegels überschwemmt, und die Situation in der Ukraine lenke die dringend benötigte Aufmerksamkeit von der globalen Entwicklungsagenda ab.

(105) KYAW MOE TUN (**Myanmar**) verurteilte die Invasion in der Ukraine und den nicht-provozierten Angriff auf das ukrainische Volk und rief zur Achtung der Souveränität, Unabhängigkeit

und territorialen Integrität der Ukraine auf. Er wies darauf hin, dass sein Land die Lage in der Ukraine mit großer Besorgnis verfolge, und bedauerte die Eskalation der Situation mit verstärkten Angriffen der Russischen Föderation. Myanmar, das aufgrund der Gräueltaten des Militärs in Myanmar ähnliches Leid erfahre, verstehe und teile das Leid des ukrainischen Volkes, sagte er. Hunderttausende wurden vertrieben, darunter Menschen mit Behinderungen, ältere Frauen und Kinder. Er lobte die Nachbarländer der Ukraine, die ihre Grenzen geöffnet haben. „Es ist an der Zeit, dass wir alle für Gerechtigkeit und die Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen eintreten“, sagte er. Myanmar steht in Solidarität mit dem ukrainischen Volk, hat den Resolutionsentwurf mitgetragen und wird für ihn stimmen.

(106) MUNIR AKRAM (**Pakistan**), der sich für die Selbstbestimmung, die Nichtanwendung von Gewalt oder die Androhung von Gewalt und die friedliche Beilegung von Streitigkeiten aussprach, sagte, dass diese Grundsätze konsequent und universell angewandt werden müssen. Die jüngste Entwicklung der Ereignisse spiegele ein Versagen der Diplomatie wider, sagte er und rief zu einem nachhaltigen Dialog auf, um eine weitere Eskalation zu vermeiden. Militärische und politische Spannungen stellen eine noch nie dagewesene Bedrohung für die globale Sicherheit und wirtschaftliche Stabilität dar, sagte er und wies darauf hin, dass die Entwicklungsländer am stärksten von Konflikten betroffen sind. Er äußerte die Hoffnung, dass die von der Russischen Föderation und der Ukraine eingeleiteten Gespräche zu einer Einstellung der Feindseligkeiten führen werden, und äußerte sich besorgt über die Sicherheit der Studenten und Bürger seines Landes in der Ukraine. Diejenigen, die sich noch in der Ukraine aufhalten, werden bald evakuiert werden, sagte er und würdigte die Zusammenarbeit mit den ukrainischen Behörden und denen der Nachbarländer.

(107) MOHAMED SIAD DOUALEH (**Dschibuti**) wies auf die unprovokierte Aggression gegen die Ukraine hin und bedauerte zutiefst, dass der Rat nach dem Veto der Russischen Föderation nicht einstimmig gehandelt habe. „Die Weigerung der Mehrheit der Mitgliedstaaten, sich durch Untätigkeit lähmen zu lassen, zeugt von der Entschlossenheit der Mitgliedstaaten, dafür zu sorgen, dass die Vereinten Nationen angesichts der schwierigen und komplexen Sicherheitsherausforderungen bedeutungsvoll bleiben“, sagte er. Er verurteilte unmissverständlich die ungeheuerliche Verletzung des internationalen Rechts und der grundlegendsten Prinzipien der Charta und forderte, dass ein Land, wenn es legitime Sicherheitsbedenken hat, vorrangig die Instrumente der Charta einsetzen sollte. Er bekräftigte die Forderung der Afrikanischen Union nach einem sofortigen Waffenstillstand und der unverzüglichen Aufnahme von Verhandlungen unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen und betonte, dass kein Argument und kein Vorwand die Anwendung von Gewalt und die brutale Gewalt gegen die Ukraine und ihre Bevölkerung rechtfertigen könne. In diesem Zusammenhang wird Dschibuti für den Entwurf stimmen und seine Solidarität mit dem ukrainischen Volk bekräftigen. Er äußerte sich besorgt über die anhaltenden „negativen Darstellungen“ gegenüber Afrikanern und die Äußerungen sogenannter Experten, die zwischen Flüchtlingen, die vor Konflikten im Nahen Osten fliehen, und solchen, die vor Konflikten in der Ukraine fliehen, unterscheiden, und betonte, dass Kriege überall gleich sind. „Wir befinden uns in einem kritischen Moment in der Geschichte der Vereinten Nationen und müssen den Konflikten ein Ende setzen und alles tun, um weitere Konflikte zu verhindern. Es liegt in unserer Reichweite [...] lassen Sie uns unseren politischen Willen mobilisieren, um ihnen ein Ende zu setzen“, sagte er.

(108) DOMA TSHERING (**Bhutan**) wies auf die Bedeutung der heutigen Dringlichkeitssitzung hin und erklärte, dass die Bestimmungen der Resolution „Einheit für den Frieden“ aufgrund der Blockade im Sicherheitsrat zum ersten Mal seit 40

Jahren in Anspruch genommen werden müssen. „Selbst die Falten der mächtigen Berge im Himalaya können unser Land nicht vor den Auswirkungen dieses Konflikts schützen“, sagte sie und fügte hinzu, dass die internationale Sicherheit weit über die Grenzen Europas hinaus gefährdet sei. Zwar seien alle Mitgliedstaaten den Grundsätzen der Charta verpflichtet, doch für kleine Staaten wie Bhutan seien sie der Garant für eine friedliche Existenz und gutnachbarliche Beziehungen, sagte sie. Die Androhung oder Anwendung von Gewalt gegen einen souveränen Staat sei inakzeptabel, betonte sie und erklärte: „Wir können nicht dulden, dass internationale Grenzen einseitig gezogen werden.“

(109) ANOUPARB VONGNORKEO (**Demokratische Volksrepublik Laos**) erklärte, sein Land habe schon einmal unter der Geißel des Krieges gelitten und wisse nur zu gut, welche unendlichen negativen Folgen er für unschuldige Menschen habe. Er lobte die Vereinten Nationen und die Mitgliedstaaten, die den betroffenen Menschen humanitäre Hilfe angeboten haben, betonte jedoch, dass sein Land einseitigen Sanktionen weiterhin skeptisch gegenüberstehe und warnte davor, dass solche Maßnahmen langfristige Auswirkungen auf unschuldige Menschen, einschließlich der gesamten Weltgemeinschaft, haben könnten, insbesondere während der Pandemie. In diesem Zusammenhang rief er alle betroffenen Parteien auf, sich jeglicher Maßnahmen zu enthalten, die die Eskalation der Spannungen weiter anheizen könnten, friedliche Lösungen zu suchen und Frieden und Sicherheit wiederherzustellen. Er brachte seine Unterstützung für die laufenden Bemühungen um eine friedliche diplomatische Lösung zum Ausdruck und betonte, wie wichtig es sei, den legitimen Sicherheitsbedenken aller Parteien Rechnung zu tragen. „Wir hoffen inständig, dass durch diese diplomatischen Bemühungen der Frieden wiederhergestellt werden kann, der das Herz und die Seele unserer Organisation, der Vereinten Nationen, ist“, sagte er.

(110) SOVANN KE (**Kambodscha**) zeigte sich sehr besorgt über das menschliche Leid in der Ukraine und betonte die Bedeutung eines friedlichen Dialogs und von Verhandlungen. Er betonte auch die Notwendigkeit, die Zivilbevölkerung und die zivile Infrastruktur zu schützen und die Bereitstellung humanitärer Hilfe zu gewährleisten, und wiederholte den Aufruf des Verbands Südostasiatischer Nationen (ASEAN) zur friedlichen Beilegung des aktuellen Konflikts. Kambodscha ist einer der Mitunterzeichner des Resolutionsentwurfs, wie er anmerkte.

(111) YASHAR T. ALIYEV (**Aserbaidshan**) drückte sein tiefes Bedauern darüber aus, dass die andauernde Krise insbesondere unter der Zivilbevölkerung zu erheblichen Opfern geführt hat. Er rief zur strikten Einhaltung des humanitären internationalen Rechts auf und betonte, dass das Leben und die Infrastruktur der Zivilbevölkerung jederzeit geschützt und gesichert werden müssen. Die sich entwickelnde humanitäre Krise vor Ort erfordere rasche Maßnahmen, um die Auswirkungen der gegenwärtigen Situation auf die Zivilbevölkerung zu lindern, sagte er. In diesem Zusammenhang hat Aserbaidshan auf bilateraler Basis humanitäre Hilfe in Form von Medikamenten und medizinischer Ausrüstung sowie anderen lebenswichtigen Gütern für die Menschen in der Ukraine geleistet. Die Situation müsse mit diplomatischen Mitteln und in voller Übereinstimmung mit dem internationalen Recht gelöst werden, betonte er und forderte erneut einen unverzüglichen Dialog, um eine weitere Eskalation zu verhindern, sowie direkte Verhandlungen zwischen den Parteien.

(112) VALENTIN RYBAKOV (**Weißrussland**), der darauf hinwies, dass sein Land gegen den Resolutionsentwurf stimmen werde, sagte, dass die internationale Gemeinschaft ihren Teil der Verantwortung für das, was derzeit in der Ukraine geschehe, tragen müsse. Er erinnerte an die Unterzeichnung der Minsker

Vereinbarungen vor acht Jahren sowie an die entsprechenden Resolutionen des Rates und der Versammlung und sagte, die internationale Gemeinschaft sei nicht in der Lage gewesen, die ukrainischen Behörden davon zu überzeugen, sich an diese Dokumente zu halten. Die Ukraine befindet sich seit Jahren in einem Bürgerkrieg und in den Provinzen Donezk und Luhansk sterben Zivilisten. Er stellte fest, dass in der operativen Ziffer 8 des Entwurfs alle Parteien scheinheilig aufgefordert werden, die Minsker Vereinbarungen einzuhalten, und fragte die Befürworter, wo sie in den letzten acht Jahren geblieben seien. Die Vereinigten Staaten, Kanada und die Europäische Union, die sich selbst für den Goldstandard der Demokratie halten, hätten nicht die Kraft, auf die kriminellen Aktivitäten der ukrainischen Behörden zu reagieren, sagte er. Ihre Doppelmoral habe bereits zu Hunderttausenden von Opfern im ehemaligen Jugoslawien sowie im Irak, in Libyen und Afghanistan geführt. „Ich werde Ihnen ein Geheimnis verraten. Ja, wir sind in den Konflikt verwickelt“, sagte er und fügte hinzu, dass der weißrussische Präsident keine Mühe scheue, um Verhandlungen zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine zu organisieren. Er warnte vor der Verhängung von Sanktionen, z.B. gegen belarussische Kalidünger, da dies zu wirtschaftlichen und sozialen Problemen und einer Zunahme des Hungers in den Ländern führen würde, die Hunderte von Kilometern von ihm entfernt sind. „Russen und Weißrussen werden in der Ukraine im Wesentlichen als Geiseln gehalten“, sagte er und verwies auf Fälle von Rassismus und Diskriminierung ausländischer Bürger an den Grenzen sowie auf die „zügellose Plünderung“ und unkontrollierte Verteilung von Waffen in der Ukraine.

(113) LINDA THOMAS-GREENFIELD (**Vereinigte Staaten**) forderte die Russische Föderation auf, ihren nicht-provozierten, ungerechtfertigten und skrupellosen Krieg zu beenden und die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine zu respektieren, und forderte Belarus auf, den Krieg nicht länger zu unterstützen und nicht länger zuzulassen, dass sein Territorium zur Ermöglichung dieser Aggression benutzt wird. Die internationale Gemeinschaft steht zusammen, wenn es darum geht, die Russische Föderation für ihre Verstöße gegen das Völkerrecht zur Rechenschaft zu ziehen und die sich ausbreitende schreckliche Menschenrechts- und humanitäre Krise anzugehen. Sie wies darauf hin, dass es das erste Mal seit 40 Jahren ist, dass der Sicherheitsrat eine Sondersitzung der Generalversammlung einberufen hat, und erinnerte an die Invasion, die einen so schrecklichen Krieg auslöste, dass die Vereinten Nationen gegründet wurden. „Wenn die Vereinten Nationen eine Aufgabe haben, dann die, Krieg zu verhindern, Krieg zu verurteilen und Krieg zu beenden. Das ist unsere Aufgabe hier und heute. Das ist die Aufgabe, zu der Sie nicht nur von Ihren Hauptstädten, sondern von der gesamten Menschheit hierher geschickt wurden“, sagte sie. Obwohl die Ukraine sich mit großem Mut und großer Entschlossenheit verteidigt hat, hatte der dreiste und wahllose Angriff der Russischen Föderation verheerende und schreckliche Folgen für das ganze Land. Die jüngsten Schätzungen der Vereinten Nationen gehen in Richtung einer Million Menschen, die durch die Angriffe in die Flucht getrieben wurden. Sie dankte den Ländern, die ihre Grenzen, Herzen und Häuser für die Menschen öffnen, die aus der Ukraine fliehen, und forderte die internationale Gemeinschaft auf, alle Menschen, die vor dem Konflikt fliehen, ohne Ansehen von Rasse oder Nationalität aufzunehmen. Sie verwies auf die Proteste für den Frieden, die in der ganzen Welt in Solidarität mit der Ukraine entstanden sind, und erklärte, die Vereinigten Staaten würden sich an die Seite des ukrainischen Volkes stellen und in Abstimmung mit ihren Verbündeten und Partnern strenge Konsequenzen ziehen und die Russische Föderation für ihre Handlungen zur Rechenschaft ziehen, und forderte die Mitgliedstaaten auf, für die Resolution zu stimmen.

(114) GABRIELE CACCIA, **Ständiger Beobachter des Heiligen Stuhls**, schloss sich den Aufrufen zur Beendigung der

Gewalt an und erklärte, die Vereinten Nationen seien gegründet worden, um nachfolgende Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren und in Frieden miteinander als gute Nachbarn zu leben. Es ist die Pflicht aller Staaten, sich zu bemühen, Streitigkeiten durch Verhandlungen, Vermittlung oder andere friedliche Mittel beizulegen, selbst wenn ein Krieg ausgebrochen ist. Er dankte den Staaten, die den Bedürftigen in der Ukraine und in den Nachbarländern, in denen viele Menschen Schutz gesucht haben, humanitäre Hilfe leisten, und sagte, Papst Franziskus habe Gläubige und Nichtgläubige gleichermaßen dazu aufgerufen, den 2. März als einen Tag zu begehen, „an dem wir uns den Leiden des ukrainischen Volkes nahe fühlen, an dem wir spüren, dass wir alle Brüder und Schwestern sind, und an dem wir Gott um das Ende des Krieges bitten“. Es ist immer noch Zeit für guten Willen, noch Raum für Verhandlungen und noch Platz für die Ausübung einer Weisheit, die die Vorherrschaft von Partisaneninteressen verhindern, die legitimen Bestrebungen aller schützen und die Welt vor der Torheit und den Schrecken des Krieges bewahren kann, sagte er und betonte: „Möge diese Dringlichkeitssondertagung die Bemühungen fördern, die zur Erreichung dieses Ziels beitragen“.

(115) PAUL BERESFORD-HILL, **Ständiger Beobachter des Souveränen Malteserordens**, betonte den Auftrag seiner Organisation, den Kranken und Armen zu dienen, und äußerte seine Trauer über den anhaltenden Konflikt, der das Leben so vieler Bürger der Ukraine beeinträchtigt und einen beispiellosen Flüchtlingsstrom ausgelöst hat. Die Botschaft des Souveränen Ordens in der Ukraine hat den Einwohnern des Landes beträchtliche Unterstützung und materielle Hilfe geleistet, sagte er und fügte hinzu, dass ein Flüchtlingsstrom von über 6 Millionen Menschen das Ergebnis dieser Situation sein könnte. Er wies darauf hin, dass einige Länder keine Mühen scheuen, um diese Menschen aufzunehmen und ihnen durch das Trauma zu helfen, und sagte, dass die Mitarbeiter des Ordens entlang der ukrainischen Grenze arbeiten und alles tun, von der Ausgabe von warmen Speisen und Getränken bis zur Versorgung von Verletzten.

(116) AMANDA SOUREK, **Vertreterin des Internationalen Instituts für Demokratie und Wahlhilfe**, verurteilte den nicht-provozierten Angriffskrieg der Russischen Föderation unter Beteiligung Weißrusslands gegen die Ukraine scharf. Sie rief die internationale Gemeinschaft dazu auf, zu handeln, um die Menschen in der Ukraine zu schützen und die humanitären Folgen der Invasion zu mildern. Die Ukraine hat in den letzten zwei Jahrzehnten erfolgreich demokratische Standards erreicht. Daher ist dies ein entscheidender Moment für Demokraten in der ganzen Welt, die Ukraine zu unterstützen und den Aufstieg autoritärer Regime in anderen Ländern zu verhindern. Sie forderte die Russische Föderation auf, ihre Streitkräfte unverzüglich abziehen und die Souveränität der Ukraine uneingeschränkt zu respektieren. Sie ermutigte den Generalsekretär, seine guten Dienste in Anspruch zu nehmen, um die Waffenstillstandsgespräche, den humanitären Zugang zu den vom Krieg betroffenen Gebieten und den Schutz der Zivilbevölkerung voranzutreiben. Sie forderte die Mitgliedstaaten auf, Sanktionen gegen die Russische Föderation zu beschließen und durchzusetzen, bis die Streitkräfte aus der Ukraine abgezogen und die territoriale Integrität des Landes wiederhergestellt sind, und „alles zu tun, was in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Charta erforderlich ist“, um den Krieg zu beenden und eine weitere Eskalation des Konflikts zu verhindern. Ihr Institut und seine Mitgliedstaaten werden in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen und anderen demokratischen Regierungen und Organisationen ihren Teil dazu beitragen, den Grundsatz zu schützen, dass jedes Land das Recht hat, sein Schicksal auf der Grundlage des frei geäußerten Willens seines Volkes selbst zu bestimmen.

Aktion

(117) Der Vertreter der **Ukraine**, der den Resolutionsentwurf mit dem Titel „Aggression gegen die Ukraine“ (Dokument A/ES-11/L.1) vorstellte, erklärte, die Vereinten Nationen seien geschaffen worden, um nachfolgende Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren, aber es sei Aufgabe der heutigen Generation, die Welt erneut vor einem Krieg zu bewahren. Unabhängig von den Missständen in einer Nation sei ein aggressiver Krieg niemals eine Lösung, sagte er. Seit fast einer Woche kämpfe sein Land gegen Raketen und Bomben, sagte er und fügte hinzu, dass die Russische Föderation versuche, der Ukraine das Existenzrecht zu entziehen. Er bedankte sich für alle Bekundungen der Unterstützung und Solidarität und dankte den Mitgliedstaaten, die ukrainische Flüchtlinge aufgenommen haben, und sagte, dass eine halbe Million Menschen aus seinem Land geflohen seien. Die Liste der Kriegsverbrechen der Russischen Föderation sei sehr lang, sagte er und verwies auf den weit verbreiteten Einsatz von wahllosen Waffen wie Luftangriffen auf Wohngebiete. Viele Städte und Ortschaften waren anhaltendem Beschuss ausgesetzt, bei dem Zivilisten, darunter Kinder und ein indischer Student, getötet wurden. Er wies auch darauf hin, dass eine Rakete auf ein Holocaust-Mahnmal abgefeuert wurde, und sagte: „Was für eine Ironie.“ Das Ziel der Russischen Föderation sei nicht nur eine Besetzung, sondern ein Völkermord, sagte er und fügte hinzu, dass der Internationale Gerichtshof noch in diesem Monat öffentliche Anhörungen zu den Völkermordvorwürfen gegen das Land durchführen werde. „Das Böse braucht immer mehr Raum, um zu siegen“, wenn es toleriert wird, sagte er und fügte hinzu, dass der aktuelle Text ein Baustein sei, um dem Bösen ein Ende zu setzen. Die Zustimmung zur Resolution sei eine Bekräftigung der Charta, sagte er und forderte die Delegierten auf, nach der Abstimmung ein Exemplar der Charta zu unterzeichnen. Er spielte eine Videoaufzeichnung von Benjamin Ferencz ab und sagte, dass dieser „zerbrechliche Gentleman“ ein Ermittler von Kriegsverbrechen und ein Chefankläger bei den Nürnberger Prozessen gewesen sei. Er appellierte an alle Mitgliedstaaten, den Entwurf zu unterstützen und schloss sich Ferencz' Forderung nach einem Recht anstelle von Krieg an.

(118) Der Vertreter der **Russischen Föderation**, der die Mitgliedstaaten aufforderte, den Resolutionsentwurf nicht zu unterstützen, sagte, sein Land wisse um den beispiellosen Druck, den die westlichen Partner auf eine große Zahl von Ländern ausübten. „Dieses Dokument wird es uns nicht ermöglichen, militärische Aktivitäten zu beenden. Im Gegenteil, es könnte die Radikalen und Nationalisten in Kiew ermutigen, weiterhin die Politik ihres Landes um jeden Preis zu bestimmen“, warnte er. Die Russische Föderation ist sich bewusst, dass nationalistische Bataillone Provokationen unter Beteiligung von Zivilisten planen, die dann ihr Land beschuldigen würden, sie durchgeführt zu haben. Außerdem würden in Wohngebieten militärische Geräte, Raketenwerfer und Artillerie aufgestellt, sagte er und fügte hinzu, dass die Russische Föderation der Führung der Vereinten Nationen diesbezüglich Beispiele liefern werde. „Die Weigerung, den Resolutionsentwurf zu unterstützen, ist ein Votum für eine friedliche Ukraine, die frei von Radikalismus und Neonazismus ist und in Frieden mit ihren Nachbarn lebt“, sagte er. Dies sei das Ziel der speziellen Militäroperation der Russischen Föderation, die von den Befürwortern der Resolution als Aggression dargestellt werde, sagte er weiter. Er bekräftigte, dass sein Land keine Angriffe auf zivile Einrichtungen oder Zivilisten durchführen werde, und forderte die internationale Gemeinschaft auf, „den zahlreichen im Internet verbreiteten Fälschungen keinen Glauben zu schenken“. Er wies darauf hin, dass der Entwurf den „illegalen Staatsstreich in Kiew im Februar 2014 mit dem Einverständnis Deutschlands, Frankreichs und Polens und mit Unterstützung der Vereinigten Staaten, bei dem der rechtmäßig gewählte Präsident des Landes gestürzt wurde“, nicht erwähne. Der Entwurf erwähne auch nicht die neuen nationalistischen Behörden, die die Rechte der Bürgerinnen und Bürger auf den Gebrauch der russischen Sprache einschränkten,

sagte er und fügte hinzu, dass dies ein klares grünes Licht für eine Kette von Ereignissen und Verletzungen der Grundrechte der Menschen im Osten des Landes sei. „Dieser Entwurf ist ein klarer Versuch derjenigen, die in den letzten Jahrzehnten eine große Anzahl von völkerrechtswidrigen Aggressionen und Putsch begangen haben - einer davon war der Maidan-Putsch in der Ukraine - und die sich als Verfechter des Völkerrechts darstellen“, sagte er abschließend.

(119) Der Vertreter **Serbiens** erklärte, seine Delegation sei den Prinzipien der Souveränität und der territorialen Integrität aller Nationen verpflichtet und werde für den Entwurf stimmen. Er erinnerte daran, dass der erste große Angriff in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg 1999 im ehemaligen Jugoslawien stattfand und dass es keine Reaktion der Vereinten Nationen in Bezug auf Serbien gegeben habe, deren Folgen bis heute zu spüren seien. Serbien werde sich seinerseits weiterhin für die Beendigung des Konflikts einsetzen und hoffe, dass die Parteien durch einen Dialog Frieden schaffen werden.

(120) Der Vertreter **Syriens** erklärte, dass der Entwurf eindeutig eine vorurteilsbehaftete Haltung darstelle, die auf politischer Propaganda beruhe und durch politischen Druck genährt werde. Die Sprache gegen die Russische Föderation versuche, deren Recht auf den Schutz ihres Volkes und ihrer Sicherheitsinteressen zu schmälern, und auch Belarus ist von dem Entwurf betroffen, der eine eklatante politische Heuchelei darstellt. Wäre es den Vereinten Staaten und ihren westlichen Verbündeten ernst, hätten sie ihre vor Jahrzehnten gemachten Versprechen, die Ukraine nicht zu einer Bedrohung für die Russische Föderation zu machen, erfüllt und die Ukraine daran gehindert, die Minsker Vereinbarungen einzuhalten. Stattdessen wurden Waffen geliefert, was den eindeutigen Wunsch dieser Länder widerspiegelt, die derzeitige Situation zu verschlimmern und nicht zu deeskalieren. Gleichzeitig werden in den Medien in großem Stil Lügen verbreitet, die darauf abzielen, die Russische Föderation zu diffamieren, und nicht auf eine Lösung des Konflikts. Solche Versuche ignorieren den wahren Grund für die Spannungen und den Ausbruch der Feindseligkeiten. Diejenigen, die den Entwurf unterstützen, hätten den gleichen Eifer in Bezug auf die Besetzung arabischer Gebiete durch Israel und das Vorgehen der Türkei gegen Syrien zeigen sollen. Syrien wird gegen den Entwurf stimmen, weil er unter anderem Anarchie und Sanktionen vorsieht und die Situation nur verschlimmern wird.

(121) Die Vertreterin von **St. Vincent und den Grenadinen** erklärte ebenfalls, dass ihre Delegation für den Text stimmen werde, da sie der Charta treu bleibe. Die strikte Einhaltung des internationalen Rechts und des humanitären internationalen Rechts sei nicht fakultativ, sagte sie.

(122) Die Versammlung nahm den Entwurf mit 141 Ja-Stimmen gegen 5 Nein-Stimmen (**Belarus, Demokratische Republik Korea, Eritrea, Russische Föderation, Syrien**) bei 35 Enthaltungen an. Die Delegierten begrüßten das Ergebnis mit stehenden Ovationen.

(122) Der Vertreter **Ruandas** erklärte, seine Delegation habe für die Resolution gestimmt, um die Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität eines jeden Landes zu unterstützen und zu respektieren. Er betonte, dass die Militäraktionen sofort eingestellt werden müssten und dass die Russische Föderation und die Ukraine den Schlüssel zur Lösung des Konflikts in der Hand hätten und eine Intervention von außen die Situation nur verschlimmern würde. Er äußerte seine ernste Besorgnis über das Ausmaß der humanitären Verwüstung und die durch den Krieg verursachten Herausforderungen für Frieden und Sicherheit und nahm Berichte zur Kenntnis, wonach Afrikaner rassistisch getrennt werden und ihnen die sichere Ausreise und Einrei-

se in die Nachbarländer verweigert wird. Ruanda appelliert an alle Beteiligten, eine ungehinderte Evakuierung zu ermöglichen, ohne auf die Hautfarbe oder Herkunft der Menschen zu achten, betonte er.

(124) Der Vertreter **Chinas** sagte, dass alle Maßnahmen der Vereinten Nationen und der betroffenen Parteien den Sicherheitsbelangen aller Beteiligten Vorrang einräumen und angesichts der derzeitigen Situation eine positive Rolle spielen müssten. Leider wurde der Entwurf weder mit allen Mitgliedern konsultiert noch wurden alle mit der Situation zusammenhängenden Fragen berücksichtigt. Da diese Elemente nicht mit den Prinzipien Chinas übereinstimmen, musste sich seine Delegation der Stimme enthalten. Die Lösung des Konflikts erfordert die Abkehr von der Logik des Kalten Krieges und dem Ansatz, die Sicherheit durch die Ausweitung von Militärböcken zu gewährleisten. Stattdessen müssen sich die Gespräche auf die kollektive Sicherheit konzentrieren. Er appellierte an die internationale Gemeinschaft, einen verantwortungsvollen Ansatz zu verfolgen, und sagte, es müssten Anstrengungen unternommen werden, um sicherzustellen, dass die Parteien den Dialog aufnehmen.

(125) Der Vertreter **Indiens** brachte seine tiefe Besorgnis über die sich rapide verschlechternde Lage in der Ukraine und die daraus resultierende humanitäre Krise zum Ausdruck und wies darauf hin, dass ein indischer Staatsbürger am Dienstag in Charkiw aufgrund der anhaltenden Feindseligkeiten auf tragische Weise ums Leben gekommen sei. Er forderte eine sichere und ununterbrochene Ausreise für alle indischen Staatsangehörigen, einschließlich der noch in der Ukraine feststehenden Studenten, und wies darauf hin, dass dies nach wie vor die oberste Priorität seines Landes sei, das Sonderflüge eingerichtet habe, um Inder aus den Konfliktgebieten nach Hause zu bringen. Darüber hinaus hat seine Regierung hochrangige Minister als Sonderbeauftragte in die Nachbarländer der Ukraine entsandt, um die Evakuierung zu erleichtern, sagte er und dankte all diesen Ländern für die Öffnung ihrer Grenzen und die Bereitstellung aller Einrichtungen für die indischen Botschaften. Indien hat bereits humanitäre Hilfe in die Ukraine geschickt, darunter Medikamente, medizinische Ausrüstung und anderes Hilfsmaterial, und wird in den kommenden Tagen eine weitere Tranche schicken. Er unterstützte die Forderung nach einem sofortigen Waffenstillstand und einem sicheren humanitären Zugang zu den Konfliktgebieten und betonte, dass Differenzen nur durch Dialog und Diplomatie gelöst werden können. Er unterstrich die dringende Notwendigkeit des humanitären Zugangs und des Transports gestrandeter Zivilisten und äußerte die Hoffnung, dass die zweite Runde der Gespräche zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine zu einem positiven Ergebnis führen wird. In Anbetracht der Gesamtheit der sich entwickelnden Situation habe Indien beschlossen, sich der Stimme zu enthalten.

(126) Der Vertreter **Irans** bekräftigte die grundsätzliche Haltung seines Landes zur Achtung der Charta, des Völkerrechts und des humanitären Völkerrechts. Er betonte, wie wichtig es sei, bei der Erhaltung des Friedens nicht mit zweierlei Maß zu messen, und verwies auf den Konflikt im Jemen. Er äußerte sich besorgt über die Untätigkeit des Rates und wies darauf hin, dass sich seine Delegation bei der Abstimmung der Stimme enthalten habe.

Erklärungen nach der Verabschiedung

(127) Der Vertreter der **Delegation der Europäischen Union in ihrer Eigenschaft als Beobachter** erinnerte daran, dass der Rat in der vergangenen Woche aufgrund des Vetos der Russischen Föderation nicht in der Lage war, gegen den nicht-provozierten Angriff der Russischen Föderation vorzugehen, und erklärte, dass sich heute Länder aus der ganzen Welt zusammenge-

funden hätten, um gegen diese Aggression zu sprechen. Er forderte die Russische Föderation auf, die Aggression sofort zu beenden und fügte hinzu, dass die Brutalität der Invasion dieses Landes mit der Komplizenschaft von Belarus ein unvorstellbares Ausmaß erreicht habe. Mit Blick auf die wahllosen Angriffe auf ukrainische Städte sagte er: „Es geht nicht nur um die Ukraine, es geht nicht nur um Europa, es geht um die Verteidigung einer internationalen Ordnung, die auf Regeln beruht. Es geht darum, ob wir uns für Panzer und Raketen oder für Dialog und Diplomatie entscheiden.“ Die heutige historische Abstimmung zeige deutlich die Isolation der Russischen Föderation vom Rest der internationalen Gemeinschaft, betonte er.

(128) Der Vertreter **Dänemarks**, der auch im Namen **Estlands, Finnlands, Islands, Lettlands, Litauens, Norwegens** und **Schwedens** sprach und sich der Europäischen Union anschloss, erklärte, die internationale Gemeinschaft sei aus allen Teilen der Welt zusammengekommen, um „ein klares Ja“ zur Wahrung des Völkerrechts und der Charta der Vereinten Nationen, des Grundsatzes der souveränen Gleichheit aller Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen und der Achtung ihrer territorialen Integrität, Souveränität und politischen Unabhängigkeit zu senden. Außerdem sei die internationale Gemeinschaft zusammengekommen, um der Ukraine und allen Ukrainern eine eindeutige Botschaft zu übermitteln. „Ihr seid nicht allein. Wir stehen an eurer Seite. Heute, morgen und so lange, bis der Frieden wiederhergestellt ist und die Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität der Ukraine vollständig wiederhergestellt und respektiert sind“, sagte er und schloss sich damit den Worten eines Kollegen an, der am Dienstag gesprochen hatte. Er forderte die Russische Föderation und Belarus auf, „die Aggression jetzt zu beenden“. „Was Sie tun, ist inakzeptabel. Es ist falsch. Ihre nicht-provozierte Aggression gegen die Ukraine ist ein Verstoß gegen die Grundprinzipien, zu denen Sie sich verpflichtet haben, als Sie die Voraussetzungen für diese Organisation, diese Gemeinschaft von Nationen, geschaffen haben“, sagte er.

(129) Der Vertreter der **Türkei** zeigte sich besorgt über den illegalen Akt der Aggression gegen ein Gründungsmitglied der Vereinten Nationen „durch ein ständiges Mitglied eben dieses Organs, das mit der Wahrung von Frieden und Sicherheit betraut ist“. Die laufende Militäroffensive gegen die Ukraine verstoße in eklatanter Weise gegen die grundlegenden Regeln des internationalen Rechts, sagte er und fügte hinzu, dass die internationale Gemeinschaft nicht nur zuschauen könne. Die aktuelle Resolution betont laut und deutlich, dass sie sich gegen ungeheuerliche Verstöße gegen die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität anderer Mitgliedstaaten wendet. Es sei noch nicht zu spät, um an den Verhandlungstisch zurückzukehren, sagte er und fügte hinzu, dass die Türkei „als Nachbar und Freund sowohl des russischen als auch des ukrainischen Volkes“ bereit sei, den Friedensprozess zu unterstützen.

(130) Der Vertreter **Polens** verlas einen offenen Brief, der von den Ehepartnern der Präsidenten Litauens und seines eigenen Landes verfasst worden war, und rief Politiker, Geistliche und besorgte Bürger in aller Welt zur Solidarität mit den ukrainischen Kindern auf. Ein Großteil der Flüchtlinge sind unbegleitete Kinder, die vor der Aggression fliehen, sagte er und fügte hinzu, dass ihr Alltag nicht mehr von der Schule und der Zeit, die sie mit Gleichaltrigen verbringen, bestimmt wird, sondern

von Bombenbunkern. Eine ganze Generation von jungen Ukrainern wird die Narben dieses Krieges auf ihrem Körper und ihrer Seele tragen. Er zitierte weiter aus dem offenen Brief und betonte, dass der Krieg nicht nur im Schatten der COVID-19-Pandemie, sondern auch inmitten von Masern- und Polioepidemien bei Kindern geführt wird. Er würdigte die Unterstützung durch Staaten und internationale Organisationen in der ganzen Welt und wies darauf hin, dass die Vereinten Nationen 1,7 Milliarden Dollar zur Verfügung stellen wollen, und rief die Menschen guten Willens in der ganzen Welt auf, alles zu tun, um diesen Krieg zu beenden.

(131) Der Vertreter **Eritreas**, der ebenfalls gegen die Resolution stimmte, wies darauf hin, dass die Erfahrung seines Landes gezeigt habe, dass alle Formen von Sanktionen kontraproduktiv seien.

(132) Vertreter mehrerer Länder, darunter **Ägypten, Nepal, Italien, Jordanien, Neuseeland** und **Kolumbien**, bekundeten ihre Solidarität mit der Ukraine und betonten die entscheidende Bedeutung einer friedlichen Beilegung von Streitigkeiten. „Wir wissen, was in Kriegen passiert“, sagte der Vertreter des **Libanon** und fügte hinzu, dass die Energie, die in diesen Text geflossen ist, weiterhin auf einen sinnvollen Frieden gerichtet sein sollte.

(133) Die Versammlung hörte auch die Stimmerklärungen der Delegierten, die sich der Stimme enthielten, wobei viele von ihnen ihre Bedenken gegen die Resolution und den Prozess ihrer Aushandlung hervorhoben.

(134) So erklärte der Vertreter **Südafrikas**, dass der derzeitige Text kein günstiges Umfeld für eine Vermittlung schaffe und zu einem tieferen Graben zwischen den Parteien führen könne. Ihre Delegation hätte sich auch einen offenen und transparenten Prozess bei den Verhandlungen über den Text gewünscht, fügte sie hinzu und forderte die internationale Gemeinschaft auf, über Gesten hinauszugehen, die nur den Anschein erwecken, den Frieden zu fördern, ohne sinnvolle Maßnahmen zu gewährleisten.

(135) Der Vertreter **Chinas** bedauerte, dass der Entwurf nicht mit allen Mitgliedern der Vereinten Nationen konsultiert worden sei. Er forderte die internationale Gemeinschaft auf, die Logik des Kalten Krieges sowie den Ansatz der Ausweitung von Militärblocken zur Gewährleistung der Sicherheit aufzugeben. Er unterstrich die Notwendigkeit einer kollektiven globalen Sicherheit und betonte, dass die Parteien in einen Dialog eintreten müssten.

(136) Während der Beratungen über den Resolutionsentwurf sprachen auch die Vertreter von **Serbien, St. Vincent und den Grenadinen, Tunesien, Ruanda, Sierra Leone, Thailand, Brasilien, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Indien, Bahrain, Iran, Algerien, der Vereinigten Republik Tansania, Malaysia** und **Irak**.

(137) Nach der Verabschiedung gaben auch die Vertreter des **Vereinigten Königreichs, Japans, Irlands, Australiens, Costa Ricas** und **Indonesiens** Erklärungen ab.

UKRAINE. Zur Information der Medien. Keine offizielle Aufzeichnung